



über die 6. Sitzung
des Rates
am Donnerstag, dem 13. Dezember 2001
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 21:25 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Bartosch
Herr Behrens
Frau Ciecior
Herr Drescher
Frau Dyduch
Herr Eckardt
Herr Etzold
Frau Filthaut
Frau Gube
Frau Hartig
Herr Henning
Herr Hupe
Frau Jung
Herr Kaminski
Herr Lipinski
Frau Lungenhausen
Herr Madeja
Herr Müller
Frau Müller
Herr Rickwärtz-Naujokat
Herr Skodd
Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU

Herr Ebbinghaus
Frau Gerdes
Herr Hasler
Frau Jacobsmeier
Herr Kissing
Herr Klein
Herr Menken
Frau Middendorf
Herr Plümpe
Frau Scharrenbach
Herr Schneider
Herr Weber
Herr Weigel

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Brinkmann
Herr Kühnapfel
Frau Schneider

Ratsmitglieder FDP

Herr Bremmer
Herr Nieme

Ratsmitglieder BG

Herr Kloß
Herr Lehmann

Ortsvorsteher

Herr Baumann
Herr Schmidt
Herr Weber

Verwaltung

Herr Baudrexl
Herr Brüggemann
Herr Erdtmann
Herr Flaskamp
Herr Lantin
Frau Schwenzner
Herr Sostmann
Herr Tost

Gäste

Frau Sobotta (GMA)

entschuldigt fehlten

Frau Bucek
Herr Hitz

Herr Bürgermeister **Erdtmann** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Vorstellung des Abschlussberichtes der GMA zum Innenstadt-marketingkonzept Kamen City 2010	
2.	Bebauungsplan Nr. 5 Ka-Sk "Auf den Kämpfen" hier: Satzungsbeschluss	278/2001
3.	Zweite Satzung zur Anpassung von Satzungen und Verordnungen der Stadt Kamen an den Euro	277/2001

4.	Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kamen	282/2001
5.	Neufassung der Richtlinien der Stadt Kamen über die Vergabe und Nutzung des Bürgerhauses Kamen-Methler	222/2001
6.	Aufhebung der Richtlinien über die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen an Bedienstete der Stadt Kamen vom 26.09.1995	272/2001
7.	Beschluss über die Jahresrechnung der Stadt Kamen für das Haushaltsjahr 2000 und Entlastung des Bürgermeisters	248/2001
8.	Einwohnerfragestunde	
9.	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2002	236/2001
10.	Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Kamen für das Haushaltsjahr 2002	253/2001
11.	Beschluss über das fortgeschriebene Investitionsprogramm der Stadt Kamen für die Haushaltsjahre 2001 - 2005	247/2001
12.	Vorlage eines Vorschlages für ein mögliches Haushaltssicherungskonzept hier: Antrag der SPD-Fraktion	
13.	Berufung einer städtischen Sparkommission hier: Antrag der BG-Fraktion	
14.	Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen	271/2001
15.	Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen	235/2001
16.	Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Kamen	281/2001
17.	Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen	280/2001
18.	Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen	274/2001
19.	Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2000	266/2001
20.	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2000	265/2001
21.	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Jahr 2002 und Finanzplanung 2001 - 2005	267/2001
22.	Entwurf des Wirtschaftsplanes des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 2002 und Finanzplanung 2001 - 2005	257/2001
23.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A.

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Vorstellung des Abschlussberichtes der GMA zum Innenstadtmarketingkonzept Kamen City 2010

Herr **Erdtmann** stellte als Referentin Frau Sobotta von der Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH (GMA), Köln, vor.

Frau **Sobotta** führte anhand von Folien aus, dass es Aufgabe gewesen sei, aufbauend auf den Überlegungen zur Wohnumfeldverbesserung "Nördlicher Stadtkern/Willy-Brandt-Platz" ein Innenstadt-Marketingkonzept für die City von Kamen zu entwickeln. Das Projekt trage den Titel "KAMEN CITY 2010". Initiiert worden sei das Projekt, weil es im genannten Bereich zahlreiche städtebauliche Missstände gebe. Es habe eine Untersuchung und Planung für diese Wohnumfeldverbesserungs-Maßnahme durch die Hagener Planungsgruppe für Architektur, Städtebau und Denkmalpflege (PASD) gegeben. Der Abschlussbericht sei im Sommer 1996 erfolgt. Um dieses Projekt auf den Weg zu bringen, habe die Stadt Kamen die Zielsetzung gehabt, diejenigen Personen und Gruppen, die von der Umgestaltung betroffen sind bzw. darauf Einfluss nehmen können, in ein ganzheitliches Projektmanagement einzubinden. Die GMA habe im Dezember 1998 den Auftrag erhalten, das Projekt zu moderieren. Daraufhin sei im Sommer 1999 eine Projektgruppe gebildet worden, die über einen Zeitraum von 2 Jahren getagt und die Vorschläge erarbeitet habe.

Aufgabe der GMA-Moderation in diesem Projekt sei die Erarbeitung konkreter Entwicklungsmaßnahmen auf der Grundlage der WUV-Maßnahme gewesen. Dies sollte im Rahmen eines intensiven Abstimmungs- und Beteiligungsprozesses mit der Zielsetzung, die Mitwirkungsbereitschaft der örtlichen Akteure zu unterstützen sowie die Voraussetzungen für die Umsetzung zu optimieren, erfolgen. Mitwirkende seien Vertreter aus der Politik, der Verwaltung, des Kamener Handels und Gastgewerbes, der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer sowie der regionalen Verbände gewesen. Zur Vorgehensweise erläuterte Frau Sobotta weiter, dass durch eine Stärken-Schwächen-Analyse unter Einbeziehung der PASD-Studie der Handlungsbedarf in der Kamener City herausgearbeitet worden sei. Da sich das PASD-Büro auf den gestalterischen Bereich konzentriert habe, gehe der Handlungsbedarf, z. B. in Bezug auf die Erreichbarkeit der Kamener Innenstadt, das Thema Handel und Versorgung, die Kultur-, Sport- und Freizeitangebote, die Gastronomie, das Beherbergungsgewerbe, die touristischen Potentiale, den Bereich Wohnen und das Image der Kamener City über das Ergebnis der Studie hinaus. Insofern seien im Rahmen einer Leitbilddiskussion konkrete Ziele für die einzelnen Handlungsfelder zu erarbeiten gewesen. Diese Ergebnisse seien in das Innenstadt-Marketingkonzept Kamen City 2010 eingeflossen. "2010" deshalb, da die Handlungsempfehlungen bis zum Jahr 2010 ausgelegt seien.

Auszugsweise stellte Frau Sobotta die Ergebnisse des Projektmanagements vor. Hierzu gehören in Modifikation der PASD-Empfehlungen der Verzicht auf den Neubau eines Geschäftshauses auf dem Willy-Brandt-Platz, die Neugestaltung der Pavillons auf dem Willy-Brandt-Platz, der Verzicht auf den Bau einer freigestellten Marktpassage in der Adenauerstraße, die veränderte Umgestaltung des Bereichs um die Lutherkirche, der Verzicht auf Verlegung der Tiefgaragenzufahrt und der Verzicht auf bauliche Ergänzungen im Umfeld von Karstadt und der Städt. Sparkasse. Die Änderungen zur PASD-Studie ergeben sich natürlich auch daraus,

dass die damaligen Empfehlungen durch die faktische Entwicklung eingeholt worden seien, z.B. Renovierung der Sparkasse. Unverändert bleibe die Empfehlung, große Teile der Kamener City neu zu pflastern und zu begrünen, um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu verbessern. Die Projektgruppe habe darüber hinaus weiteren Handlungsbedarf gesehen, um die Kamener City besser als bisher im regionalen Wettbewerb zu positionieren. Hier gehe es zum einen um die Kaufkraftbindung im Einzelhandel, zum anderen aber auch um die Heranziehung von Kunden, z.B. für Veranstaltungsangebote und die Gastronomie.

Als Stärken der City stellte Frau Sobotta die kostenlosen Parkplätze, das Stadtbild in seiner Vielfalt mit den Brunnen, den Einzelhandelsbesatz, die Gastronomie und speziell die Außengastronomie sowie die Verfügbarkeit von Veranstaltungsplätzen heraus. Es gelte, die Profilierungschance umzusetzen. Dies könne u.a. durch Beauftragung einer Werbeagentur im werblichen Bereich geschehen, die aus den Leitbildern einen griffigen Werbeslogan machen könnte. Zum anderen sei eine Vielzahl von Maßnahmen notwendig, um Verbesserungen herbeizuführen. Aus dem Maßnahmenkatalog nannte Frau Sobotta auszugsweise die Ergänzung eines Parkhinweissystems und die Stärkung des Einzelhandelsbesatzes durch den Abbau von Angebotslücken und möglichst durch Ergänzung von weiteren Magnetbetrieben. Wichtig sei auch ein verbessertes Erscheinungsbild der Geschäfte. Ferner sollten die Veranstaltungsplätze und -stätten um weitere Treffpunkte zum Ausbau der Kommunikationsfunktion ergänzt werden. Dazu gehöre auch die Überprüfung und Modifikation der Veranstaltungskonzepte. Als letzten Punkt führte Frau Sobotta die bessere Ausnutzung der touristischen Potentiale auf. Wie umsetzungsorientiert der Maßnahmenkatalog sei, werde daran deutlich, dass für alle Maßnahmen die Zuständigkeit, die Kosten, der Umsetzungszeitraum und die Prioritäten benannt worden seien.

Abschließend ging Frau Sobotta kurz darauf ein, wie die Maßnahmen auf den Weg gebracht werden sollten. Begonnen werden sollte mit der Ausführungs- und Gestaltungsplanung für die WUV-Maßnahme. Es werde vorgeschlagen, ein Baustellenmarketing zu installieren. Parallel dazu sollten im Hinblick auf die gewünschten privaten Anschlussinvestitionen Beratungsleistungen für die Eigentümer und Gewerbetreibenden angeboten werden. Wichtig sei auch weiterhin die Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren in der Stadt Kamen. Rückblickend auf die 2-jährige gute Zusammenarbeit sah Frau Sobotta auch für die Zukunft hierin keine Probleme und wünschte viel Erfolg für die Umsetzung des Programms.

Herr **Erdtmann** bedankte sich bei Frau Sobotta für den Bericht. Die Vorstellung sei trotz der umfangreichen Tagesordnung heute erfolgt, da die Projektgruppe ihre Arbeit erst nach der letzten Ratssitzung beendet habe und die Umsetzungsarbeit ohne Zeitverzögerung aufgenommen werden solle.

Herr **Baudrexl** teilte mit, dass die Verwaltung in einer der ersten Sitzungen des nächsten Jahres einen Vorschlag über die weitere Zusammenarbeit der öffentlichen und privaten Akteure unterbreiten werde.

Zur Umsetzung der Wohnumfeldverbesserung bemühe sich die Verwaltung bekanntlich um Fördergelder des Landes. Kurzfristig sei die Stadt Kamen noch in das Städtebauförderungsprogramm 2001 aufgenommen worden. Nach Mitteilung der Bezirksregierung erhalte die Stadt für die Innenstadtssanierung in den nächsten Tagen einen Bewilligungsbescheid über 1,5 Mio. DM als Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2003 bis

2005. Insgesamt seien Fördermittel in Höhe 2,1 Mio. DM zu erwarten. Die fehlenden 600.000,-- DM sollen im Jahr 2002 nachbewilligt werden. Im Haushaltsplanentwurf der Stadt für das Jahr 2002 seien Gesamtkosten von 5,3 Mio. DM veranschlagt. Im Jahr 2002 seien 150.000,-- DM und eine Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe vorgesehen. Darüber hinaus gebe es auch noch einen Rest aus dem Jahr 2001. Mit diesen Mitteln von insgesamt ca. 450.000,-- DM solle im Jahr 2002 die Gestaltungs- und Ausführungsplanung für den gesamten Innenstadtbereich in Auftrag gegeben werden. Nach dem noch zu beschließenden Investitionsprogramm sei die Umsetzung in 3 Bauabschnitten in den Jahren 2003 bis 2005 vorgesehen.

Zu TOP 2.

278/2001

Bebauungsplan Nr. 5 Ka-Sk "Auf den Kämpfen"
hier: Satzungsbeschluss

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes gem. § 31 GO NW (i.d.F.d.B. vom 14.07.1994)

Es erklärte sich kein Ratsmitglied für befangen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt nach Prüfung und Abwägung gem. § 3 (2) BauGB in der derzeit gültigen Fassung:

1. die Aufhebung eines Teils des Geltungsbereiches des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 1 Ka – Sk gem. § 2 Abs. 1 i. V. m. Abs. 4 BauGB,
2. über die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der öffentlichen Auslegung geäußerten Anregungen und Bedenken entsprechend der beigefügten Stellungnahme der Verwaltung;
3. den Bebauungsplan Nr. 5 Ka – Sk „Auf den Kämpfen“ für den Bereich südlich der bebauten Grundstücke an der Südkamener Straße, westlich der Bebauung an der „Lütge Heide“, nördlich der Bebauung der Straße „Auf den Kämpfen“ und östlich des Wirtschaftsweges „Auf den Kämpfen“ im Stadtteil Südkamen gem. § 10 BauGB (Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. 08. 1997, BGBl. I, S. 2141) als Satzung.

Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches der Aufhebung und der Neuaufstellung sind in dem beiliegenden Plan ersichtlich.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 3.

277/2001

Zweite Satzung zur Anpassung von Satzungen und Verordnungen der Stadt Kamen an den Euro

Beschluss:

Die vorgelegte "Zweite Satzung zur Anpassung von Satzungen und Verordnungen der Stadt Kamen an den Euro vom 18.12.2001" wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

282/2001

Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Kamen

Beschluss:

Die vorgelegte Neufassung der "Verwaltungsgebührensatzung vom 14.12.2001" wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

222/2001

Neufassung der Richtlinien der Stadt Kamen über die Vergabe und Nutzung des Bürgerhauses Kamen-Methler

Herr **Kissing** fragte an, ob die beabsichtigte Nichtnutzung der Außenfläche mit den Vereinen abgestimmt sei oder ob die Lärmsituation diese Maßnahme erfordere.

Die Nichtnutzung sei mit den Vereinen abgestimmt, antwortete Herr **Flaskamp**. Zudem sei die Nutzung der Fläche im vergangenen Jahr kaum nachgefragt worden. Es liegen aber Bürgerbeschwerden vor. Sollte das Verwaltungsgericht eingeschaltet werden, sei die Feierrmöglichkeit am Bürgerhaus insgesamt gefährdet. Die Verwaltung habe daher vorgeschlagen, die Außennutzung ganz aufzugeben.

Herr **Hupe** informierte, dass die Lärmsituation Thema der letzten Delegiertenkonferenz der Vereinsgemeinschaft Methler gewesen sei. Alle Beteiligten hätten zur Kenntnis genommen, dass die Lärmproblematik so berücksichtigt werden müsse, damit es nicht zu einem Urteil mit der von Herrn Flaskamp genannten Konsequenz komme.

Beschluss:

Die vorgelegte Neufassung der "Richtlinien der Stadt Kamen über die Vergabe und Nutzung des Bürgerhauses Kamen-Methler laut Beschluss des Rates der Stadt Kamen vom 13.12.2001" wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

272/2001

Aufhebung der Richtlinien über die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen an Bedienstete der Stadt Kamen vom 26.09.1995

Herr **Kissing** sagte, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne und verwies auf den Sachantrag zum Haushalt. Das Arbeitgeberdarlehen sollte ganz wegfallen, da es nicht mehr zeitgemäß sei und der Kreditmarkt genug Möglichkeiten biete. Darüber hinaus werde auch für nicht erforderlich gehalten, diesen Bereich in die Kompetenz des Bürgermeisters zu geben.

Die SPD-Fraktion beziehe eine gegensätzliche Position und stimme dem Beschlussvorschlag zu, legte Herr **Hupe** dar. Die Begründung erfolge im Rahmen der Haushaltsplanberatungen.

Beschluss:

Die Richtlinien über die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen an Bedienstete der Stadt Kamen vom 26.09.1995 werden aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: bei 14 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 7.

248/2001 Beschluss über die Jahresrechnung der Stadt Kamen für das Haushaltsjahr 2000 und Entlastung des Bürgermeisters

Beschluss:

- a) Der Rat beschließt die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2000.
- b) Dem Bürgermeister wird, der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses folgend, für die Führung der Haushaltswirtschaft der Stadt Kamen im Haushaltsjahr 2000 gem. § 94 GO NRW vorbehaltlos Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 8.

Einwohnerfragestunde

Anfragen an die Verwaltung von anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern wurden nicht gestellt.

Zu TOP 9.

236/2001 Stellenplan für das Haushaltsjahr 2002

Frau **Dyduch** führte aus, dass die schwierige finanzielle Situation auch Auswirkungen auf die Personalentwicklung und die Personalkosten in der Verwaltung habe. Mit der Finanzsituation sei im Jahr 2002 ein weiterer Stellenabbau von 7 Stellen verbunden. Dies sei für die SPD-Fraktion im Hinblick auf die Organisationshandhabung und die Weiterentwicklung einer modernen Verwaltungsstruktur noch sinnvoll und nachvollziehbar. Ihre Fraktion habe vor einem Jahr erklärt, dass kein weiterer Stellenabbau erfolgen solle. Zu diesem Zeitpunkt habe man aber das Haushaltssicherungskonzept verlassen und gleichzeitig von einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 3,2 % ausgehen können. Letzteres sei nicht eingetreten und die Ergebnisse hätten sich zudem dramatisch verschlechtert. Insofern hätten sich die Wünsche ihrer Fraktion zur Personalentwicklung nicht erfüllt. Kritik an ihren Aussagen nehme die SPD-Fraktion an, bitte aber zu verstehen, dass sich die Perspektiven gegenteilig entwickelt hätten und daher nach Auffassung ihrer Fraktion zum Haushalt 2002 ein anderes Handeln nicht mehr zuließen.

Auf den Stellenplan eingehend führte Frau Dyduch weiter aus, dass im Mittelpunkt der Entwicklung die Einrichtung eines Fachdezernates Wirtschaftsförderung mit den daraus folgenden Umsetzungen stehe. Die SPD-Fraktion begrüße diese Maßnahme ausdrücklich, da sie der Wirtschaftsförderung in Kamen eine hohe Priorität beimesse. Von diesem Fachdezernat verspreche sich ihre Fraktion eine noch weiter steigende Effizienz der Arbeit, die sich auch auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze

auswirken werde. Eine Ausschreibung der Positionen des neuen Fachdezernenten und des Fachbereichsleiters werde für nicht notwendig erachtet, da die Stellen nicht höher ausgewiesen sind und der Aufgabenzuschnitt im Wesentlichen unverändert sei. Die vorgesehenen Höhergruppierungen und Beförderungen zeigten, dass auch in schwierigen Zeiten Personalentwicklung möglich sei. Die SPD-Fraktion bedauere, wie in den letzten Jahren bereits wiederholt vorgetragen, dass bei den Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes die gewünschten Entwicklungen durch die Stellenobergrenzenverordnung verhindert würden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nähmen zum Teil Tätigkeiten einer höheren Besoldungsgruppe wahr, ohne die entsprechende Besoldung erhalten zu können. Dies werde der realen Situation nicht gerecht.

Der SPD-Fraktion sei bewusst, dass die Verdichtung der Arbeitsabläufe an die Beschäftigten immer höhere Anforderungen stelle. Auch im Haushalt 2002 stünden daher ausreichend Mittel für die Qualifizierung und Weiterbildung zur Verfügung. In diesem Zusammenhang werde ausdrücklich die Aufstockung der Mittel um ca. 20.000 € begrüßt. Am Beispiel der vergangenen Jahre werde deutlich, dass die Fort- und Weiterbildungsangebote intensiv wahrgenommen würden. Dies zeige ein hohes Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Leistung der Verwaltung im ganzen werde von ihrer Fraktion sehr anerkannt. Die SPD-Fraktion danke allen Kolleginnen und Kollegen für die fachkundige Umsetzung der täglichen Arbeit und für die erbrachten Leistungen im vergangenen Jahr. Der Dank gehe auch an den Bürgermeister und die Verwaltungsleitung für die gute Zusammenarbeit.

Frau Dyduch führte weiter aus, dass die Stadt Kamen bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen ihre sozialpolitische Verantwortung stets ernst genommen und Kontinuität bewiesen habe. Dies sei auch ein wichtiges Signal nach außen für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Auch in diesem Jahr würden 26 Ausbildungsstellen bereitgestellt. Insgesamt werde 66 jungen Menschen die Möglichkeit für Qualifizierung gegeben. Die Stadt trage damit erneut der schwierigen Situation auf dem Ausbildungssektor in diesem Arbeitsamtsbezirk Rechnung. Die SPD-Fraktion unterstütze dieses Vorgehen ausdrücklich.

Abschließend sagte Frau Dyduch, dass die SPD-Fraktion in ihrer gewerkschaftlichen Orientierung an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehe. Der vorliegende Stellenplan sei bekanntlich vom Personalrat abgelehnt worden. Ihre Fraktion nehme die Einstellung des Personalrates ernst und respektiere diese. Ebenso habe sie aber auch verstanden, dass die Vorgehensweise der Verwaltungsleitung formal nicht zu beanstanden sei. Die SPD-Fraktion werde daher ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch in diesem Jahr ernst nehmen. Sie sei sich aber auch sicher, dass ihre Zustimmung zum Stellenplan den evtl. Erörterungsbedarf des Personalrates nicht beschneide und dem formalen Beteiligungsverfahren auch nicht vorgreife. Die SPD-Fraktion werde dem Stellenplan zustimmen, um den Rahmen sicherzustellen, in dem sich die Verwaltungsleitung und der Personalrat noch verständigen werden und, davon gehe ihre Fraktion aus, zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen des Rathauses.

Herr **Hasler** stellte voran, dass die CDU-Fraktion den Stellenplan intensiv beraten habe und im Ergebnis zustimmen werde. Die darin aufgeführten Stellenanhebungen würden ausnahmslos mitgetragen, da sich diese auch in einem vertretbaren Rahmen bewegten. Auf die aktuelle öffentliche Diskussion in bezug auf die Beteiligung des

Personalrates, so Herr Hasler weiter, möchte die CDU-Fraktion bewusst nicht eingehen. Dieser Vorgang werde als innerbetriebliche Angelegenheit angesehen. Seine Fraktion gehe davon aus, dass ihr vorgelegte Beschlussvorlagen nicht gegen geltendes Recht verstießen. Außerdem gehe es bei der Beratung und Entscheidung über den Stellenplan um Stellen und nicht um Personen.

Bei dem vorgelegten Stellenplan sei wieder einmal bedauerlich, dass der mittlere Dienst aufgrund der Stellenobergrenzenverordnung nicht stärker berücksichtigt werden konnte. Dies nahm Herr Hasler zum Anlass für einige grundsätzliche Aussagen zum Besoldungs- und Vergütungsrecht. In den letzten Jahren habe der Begriff der Leistungsverwaltung eine neue Bedeutung bekommen. Dies sei gut so, da Verwaltungen Dienstleistungsbetriebe seien und an diesen Maßstäben gemessen werden müssten. Entsprechende Auswirkungen schlugen sich in der Stellenzahl nieder. Durch die Stellenobergrenzenverordnung aber könnten Beschäftigte bei gleicher Ausbildung und zumindest gleicher, wenn nicht besserer Arbeit, nicht gleich besoldet werden. Dies sei leistungsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nur schwer zu vermitteln. Und erst recht nicht, wenn aufgrund von Stellenabbau, der die Chancen auch noch verschlechtere, gleichzeitig die Motivation für Mehrleistung gefordert werde. Gleiches gelte für das Thema Tätigkeitsmerkmale. Wie könne eine Verwaltung leistungsorientiert ausgerichtet werden, wenn nicht entscheidend sei, wie, sondern welche Arbeiten jemand erledige. Dies könne die Leistungsbereitschaft verringern. Der Dienstleistungsbetrieb Verwaltung sei immer so gut und so effektiv wie seine Beschäftigten, die darin und dafür arbeiten. Leistung müsse auch gerade in finanziell schlechten Zeiten belohnt werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Kamen könnten daher sicher sein, in der CDU-Fraktion auch weiterhin einen verlässlichen Partner zu haben, der seine Dienstherrenfunktion innerhalb des Rates verantwortlich wahrnehme. Es werde aber auch kein Hehl daraus gemacht, dass der höhere Dienst von einer bestimmten Besoldungsgruppe an auch in Zukunft kritisch begleitet werde. Herr Hasler wiederholte die Bitte an die Verwaltungsleitung, weiter im Rahmen der Bestimmungen nach Möglichkeiten zu suchen, dem offensichtlich werdenden Ungleichgewicht zwischen dem mittleren und dem höheren Dienst entgegenzusteuern. Deutlich werde dies auch insbesondere bei der hauptamtlichen Feuerwehr und dem Rettungsdienst, wobei hier schon nach anderen Wegen gesucht worden sei.

Herr Hasler führte weiter aus, dass die Anzahl der Stellen um 7 auf 457 Stellen reduziert worden sei und sich der Personalkostenansatz als Folge daraus um lediglich ca. 1,7 % erhöhe. Diese Erhöhung liege unterhalb der anstehenden Besoldungs- und Tarifierhöhungen. Für die CDU-Fraktion sei dies ein schmerzlicher, aber dennoch richtiger Weg. Seine Fraktion gehe davon aus, dass die Verwaltungsleitung sorgfältig auf die Erhaltung der Handlungs- und Leistungsfähigkeit achte. Dieser Weg müsse in Kombination mit Qualifizierungsmaßnahmen weiter gegangen werden, wobei auch die mögliche Auslagerung von Aufgaben an die Privatwirtschaft bzw. an Vereine immer wieder zu prüfen sei. Die CDU-Fraktion setze dabei auf eine natürliche Fluktuation, betriebsbedingte Kündigungen würden von ihr nicht gewünscht. Herr Hasler stellte für seine Fraktion ausdrücklich fest, dass sie die Einsparung der Stelle eines Controllers im Baubereich ablehne. Die Einsparung dieser Stelle mache deutlich, dass die Verwaltungsleitung trotz der schwierigen Haushaltslage nach wie vor nicht bereit sei, betriebswirtschaftliche Aspekte in dem dringend erforderlichen Umfang in künftige Überlegungen einfließen zu lassen.

Die CDU-Fraktion begrüße hingegen ausdrücklich die Bündelung der Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung auf eine Stelle in der Verwaltung. Dies sei eine alte und wiederholte Forderung seiner Fraktion, die bisher abgelehnt worden sei. Es stelle sich aber die Frage nach der Organisationsform, da Fachdezernate in anderen Bereichen wieder aufgegeben worden seien. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass dieser neue Bereich bei einer Entscheidung aus rein sachlichen Gründen im Rahmen der bestehenden Strukturen als Fachbereich geführt werden müsste. Der Fachbereich 10 mit seiner Bündelung von Zuständigkeiten, was von seiner Fraktion positiv gesehen werde, hätte ansonsten eher einen Anspruch auf eine solche Aufwertung. Die Auflösung der nicht mehr benötigten Stabsstelle bestätige seine Fraktion in ihrer bisherigen Kritik an dieser Stelle. Im vergangenen Jahr habe die CDU-Fraktion die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Bereich des Außendienstes gefordert. Hier habe es Defizite gegeben. Ausdrücklich begrüßt werde die jetzt gefundene neue Organisationsform des zentralen Außendienstes.

Seitens der CDU-Fraktion zeigte sich Herr Hasler erfreut darüber, dass eine große Zahl von Ausbildungsplätzen bereitgestellt werde. Gerade in diesen schwierigen Zeiten müssten die politisch Verantwortlichen Zeichen setzen. Der Jugendetat mache deutlich, dass städtische Mittel nicht besser als in Ausbildungsvergütungen angelegt werden können.

Abschließend dankte Herr Hasler allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses für die geleistete Arbeit.

Herr **Kühnapfel** führte aus, dass es in einer finanziell schwierigen Lage wichtig sei, sich die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Dies gelte gleichermaßen für den Haushalts- und den Stellenplan. In jedem Jahr seien Stellenstreichungen mitgetragen und gleichzeitig von vielen erklärt worden, dass die zumutbare Grenze erreicht sei. Dennoch würden in diesem Jahr wieder 7 Stellen abgebaut. Nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei inzwischen der Punkt erreicht, wo die Qualität des Verwaltungshandelns zumindest in Teilbereichen nicht mehr gewährleistet werden könne. Als Beispiel nannte Herr Kühnapfel den Bereich Planung und Umwelt. In der letzten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses sei bereits von Überlastung des Fachbereiches berichtet worden. Beim Radwegekonzept komme es bereits zu zeitlichen Verzögerungen. Für seine Fraktion sei wichtig, dass in diesem Fachbereich keine Stelle wegfalle, da in den nächsten Jahren gerade auf diesen Fachbereich erhebliche weitere Aufgaben zukämen, z.B. Neuaufstellung des Flächennutzungs- sowie des Gebietsentwicklungsplanes. Ein weiterer sehr wichtiger Punkt für seine Fraktion sei das Thema Lokale Agenda. Es sei daher beantragt worden, auf die Einsparung einer Stelle im Fachbereich Planung und Umwelt zu verzichten. Durch Umschichtungen im Stellenplan solle vielmehr ein Agenda-Büro in diesem Fachbereich installiert werden. Zur Einleitung des Agendaprozesses sei ein Ansprechpartner im Rathaus unverzichtbar. Durch die geplante Stelleneinsparung werde die Einrichtung des Büros nicht möglich sein und die Chance, Kamen zukunftsfähig zu machen, verfallen.

Der zweite Bereich, der seiner Fraktion Sorge bereite, so Herr Kühnapfel weiter, sei der Bereich Gleichstellung. Nach dem Rechtsverständnis seiner Fraktion würden mehrere Stellen und insbesondere auch die eines Fachdezernenten neu geschaffen. Gerade bei den höher qualifizierten Stellen in der Verwaltung sei der Frauenanteil nach wie vor verschwindend gering. Deshalb werde als unumgänglich erachtet, neu eingerichtete Stellen zumindest intern auszuschreiben. Die Argumente, dass kein ande-

rer Bewerber geeignet sei, würden nicht gesehen. In der Verwaltung gebe es durchaus qualifizierte Frauen, denen die Möglichkeit gegeben werden müsse, sich entsprechend zu bewerben. Hinzu komme, dass in den nächsten Jahren auch Anhebungen dieser Stellen zu erwarten seien. Herr Kühnapfel sah die Regelungen im Landesgleichstellungsgesetz als eindeutig an und zitierte aus § 8 LGG.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bezeichnete Herr Kühnapfel die Einrichtung des neuen Fachdezernates als weiteren Problem- punkt. Die Einrichtung dieses Dezernates widerspreche der Verwaltungs- strukturreform, die zum Ziel habe, die Verwaltung zu verschlanken. Seine Fraktion könne hier nicht zustimmen, zumal es sich ihrer Auffassung nach auch nicht nur um eine Umbenennung handele. Eine Weiterführung als Fachbereich wäre auch möglich gewesen.

Sehr bedenklich, so Herr Kühnapfel, habe seine Fraktion auch der Um- gang der Verwaltung mit dem Personalrat gestimmt. Es gehe nicht um die Frage, ob gegen geltendes Recht verstoßen werde, sondern um die Frage der Fairness im Umgang miteinander. Ihres Erachtens nach sei dieser Umgang nicht in der von ihnen gewünschten Weise erfolgt.

Abschließend legte Herr Kühnapfel dar, dass seine Fraktion dem Stellen- plan in der vorgelegten Form nicht zustimmen könne. Dies bedeute nicht, dass die Arbeit der Verwaltung nicht anerkannt werde. Herr Kühnapfel bedankte sich bei allen Beschäftigten für die gute und sachgerechte Ar- beit des vergangenen Jahres.

Herr **Bremmer** begann seine Ausführungen mit dem Dank an die enga- gierten und qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für die geleistete und unter schwierigen Bedingungen fortzusetzende Ar- beit. Diese Bedingungen würden sich aufgrund der schlechten Haus- haltslage auch im nächsten Jahr nicht verbessern. Personal sei neben den Menschen, die dahinter stünden, leider auch immer ein Kostenfaktor. Trotz Reduzierung von Planstellen erhöhe sich der Personalkostenansatz um ca. 630.000,-- DM.

Die FDP-Fraktion begrüße die Stärkung des Bereichs Wirtschaftsförde- rung und Stadtmarketing durch das neue Fachdezernat. Seine Fraktion sehe es als großen Fortschritt an, dass die Stadt Kamen deutlich sichtbar mit einem Ansprechpartner nach außen auftrete. Die Zusage des Bürger- meisters im Hinblick auf die Stellenausweisung sei eingehalten worden. Einer höheren Stellenausweisung hätte seine Fraktion z.Z. auch nicht zustimmen können. Ferner werde die Bereitstellung von Ausbildungs- plätzen auch von seiner Fraktion als positiv angesehen.

Als wesentliche Kritikpunkte nannte Herr Bremmer die von Herrn Kühn- apfel bereits geforderten Stellenausschreibungen und den Konfrontati- onskurs der Verwaltung gegenüber dem Personalrat. Seine Fraktion be- grüße zum einen die Klarstellung in der Synopse zum Bereich Wirt- schaftsförderung/Stadtmarketing und zum anderen die vorgesehene Aus- schreibung der Stelle in der Gruppenleitung 34.1. Hinsichtlich des Perso- nalrates forderte Herr Bremmer die Verwaltung auf, noch einmal auf den Personalrat zuzugehen.

Herr **Kloß** sprach als ersten Punkt den Disput zwischen dem Personalrat und der Verwaltungsleitung an. Die Fraktion Bürgergemeinschaft sei der Auffassung, dass nach dem Betriebsverfassungsgesetz einem Stellenplan politisch nicht zugestimmt werden dürfe, wenn dieser nicht die Zustim-

mung des Personalrates erhalten habe. Der Stellenplan beinhalte Elemente, die die Anhörung des Personalrates einforderten. Gleichfalls seien viele mitbestimmungspflichtige Elemente enthalten. Durch die politische Zustimmung werde der Personalrat ausgeklammert. Aus diesem Grunde habe die BG-Fraktion frühzeitig entschieden, dem Stellenplan nicht zuzustimmen. Seine Fraktion kritisiere ferner, dass der Stellenplan dem Personalrat später als den Ratsmitgliedern ausgehändigt worden und dieser dem Personalrat noch nicht bekannt gewesen sei. Veränderungen in der Verwaltung fielen nicht ad hoc an, sondern ergäben sich im Laufe des Jahres. Wenn die Verwaltung nicht in der Lage sei, einen Stellenplan vorzulegen, der die Zustimmung des Personalrates erlange, sei seine Fraktion auch nicht zur Zustimmung bereit.

Weiterhin, so Herr Kloß, lehne die BG-Fraktion die Stelle des Fachdezernenten ab. Nachdem die Besetzung der Verwaltungsleiterstelle im Städt. Hellmig-Krankenhaus gescheitert sei, werde für eine bestimmte Person die abgeschaffte Stelle eines Fachdezernenten wieder neu eingerichtet. Der Aufgabenbereich könne auch als Stabsstellenleiter wahrgenommen werden.

Ein weiterer belastender Punkt für die Verwaltung sei die Personalreduzierung im Rechnungsprüfungsbereich. Nachdem es im vergangenen Jahr bereits Stellenkürzungen gegeben habe, stehe nun eine erneute Kürzung an. Im technischen Bereich bestünden kaum noch Prüfmöglichkeiten. Dieses Rechnungsprüfungsamt könne nur noch die klassischen gesetzlichen Vorgaben erfüllen. Für weitere Arbeiten fehle einfach die Zeit und die Freiheit. Anstatt zu reduzieren müsste die Stellenzahl aufgestockt werden.

Als letzten Punkt sprach Herr Kloß die im Raum stehenden Aussagen zu nicht weiter vertretbaren Stelleneinsparungen an. Hier habe seine Fraktion sich die Frage gestellt, ob diese Aussagen zutreffend seien oder nicht. Zur Beantwortung dieser Frage sei man auf eine Studie gestoßen, die sich mit diesen Fragen befasse. In dieser Studie vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik werde die Personalintensität vergleichbarer kreisangehöriger Städte hinsichtlich der Aufgabenstellung und Größe beleuchtet. Im Vergleich stünden 43 Städte. Kamen nehme hinter Soest eine Spitzenstellung ein und liege weit über dem Durchschnitt. Selbst wenn Fehler in der Statistik unterstellt würden, bliebe als Ergebnis immer noch festzustellen, dass irgendetwas nicht stimmen könne. Die Bürgergemeinschaft fordere daher Prüfung ohne Tabus, um dann auch über einen Stellenplan entscheiden zu können.

Nachdem sich kein allgemeiner Diskussionsbedarf ergab, rief Herr **Erdtmann** den ersten Antrag zum Stellenplan zur Beratung auf.

Antrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Einrichtung einer halben Stelle (Agenda-Büro) –

Herr **Huße** erklärte, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Der Idee werde nicht widersprochen. Für seine Fraktion sei aber vorstellbar, dass die Bündelung der Aufgaben in der jetzigen Verwaltungsstruktur ohne Stellenplanveränderung leistbar sei.

Herr **Kühnapfel** erläuterte, dass der Antrag in Zusammenhang mit dem Antrag zur Beibehaltung einer Ingenieurstelle im Fachbereich Planung und Umwelt zu sehen sei. Für seine Fraktion sei sehr wichtig, den Lokale Agenda Prozess voranzubringen. Dies sei mit dem derzeitigen Personal

nicht leistbar. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe das Gefühl, dass der Prozess durch die Verwaltung in den vergangenen Jahren eher gebremst worden sei. Insofern habe auch nicht verwundert, dass die ersten Auftaktveranstaltungen, sicherlich auch im Hinblick auf den 11. September, nicht gut besucht gewesen seien. Es stehe aber außer Frage, dass die Lokale Agenda weitergebracht werden müsse, um eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten. Diese nachhaltige Entwicklung sei in Kamen nicht erkennbar. Die jetzige Generation lebe nach wie vor auf Kosten der nächsten Generationen. Benötigt werde ein allumfassendes und kein punktuell Vorgehen. Ohne festen Ansprechpartner könne der Agenda-Prozess in Kamen nicht stattfinden.

Die theoretische Anerkennung der Forderungen der Lokalen Agenda sei die eine, die Umsetzung der Agenda vor Ort die andere Ebene, sagte Herr **Behrens**. Die Bedarfe in Kamen seien z.Z. erschöpft. Die Resonanz auf die letzte Veranstaltung belege dies. Das bedeute aber nicht, dass in Kamen nicht viele Menschen in den verschiedensten Initiativen im Sinne der Lokalen Agenda tätig seien. Die künstliche Einbindung in einen Prozess, der in Kamen wie auch in anderen Städten nur schleppend laufe, sei nicht erforderlich. Nach dem Geist der Lokalen Agenda müssten die Initiativen von unten kommen. Die Verwaltung habe lediglich eine begleitende Funktion. Die Forderung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nach einem umfassenden Prozess gehe an den Bedürfnissen vorbei. Die Verwaltung habe ihre positive Einstellung zu dem Prozess bestätigt und biete bei Nachfragen, Projekten etc. auch weiterhin ihre Unterstützung an.

Herr **Kissing** hielt den Antrag seitens der CDU-Fraktion für begrüßenswert. Angesichts der Gesamtsituation werde die Umsetzung aber als nicht realisierbar gesehen. Vor einigen Monaten sei im Planungs- und Umweltausschuss mit dem Ergebnis diskutiert worden, dass aufgrund der Personalmöglichkeiten und der Leistungsfähigkeit eine kleinere Stadt wie Kamen nicht in der Lage sei, einen intensiven und komplizierten Agenda-Prozess zu begleiten. Sofern allerdings konkrete Projekte von unten initiiert werden, sollen und können diese unterstützt werden.

Das Rathaus verstehe sich insgesamt als Ansprechpartner, machte Herr **Baudrexl** deutlich, und stehe auch weiterhin allen Akteuren zur Verfügung. Im Haushalt seien zudem Mittel für konkrete Agenda-Projekte veranschlagt. Die vorgeschlagene Ablehnung beziehe sich nur auf die konstitutionelle Einrichtung eines Agenda-Büros.

Herr **Bremmer** schloss sich den Ausführungen von Herrn Baudrexl an. Ein Spielraum für eine halbe Stelle werde von seiner Fraktion derzeit auch nicht gesehen.

Abstimmung über den Antrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Antrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Beibehaltung einer Ingenieurstelle im Fachbereich Planung und Umwelt –

Herr **Kühnapfel** merkte an, dass nach Auffassung seiner Fraktion bestimmte Qualitätsmerkmale in der Verwaltung nicht mehr aufrecht erhalten werden können. So müsse beispielsweise zur Kenntnis genommen werden, dass durch den Stellenabbau beim Baubetriebshof wieder Herbizide zur Grünpflege eingesetzt würden. Herr Kühnapfel befürchtete, dass durch Personalmangel weitere Bereiche, z.B. Baumschutzsatzung, gefährdet seien. Diesen Qualitätsabbau im Bereich Planung und Umwelt durch weiteren Stellenabbau trage die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auch im Hinblick auf die Lokale Agenda nicht mit.

Zum angesprochenen Qualitätsverlust betonte Herr **Baudrexel**, dass auch vor dem Hintergrund von Stellenabbau Qualitäten nicht liden. In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses sei deutlich gemacht worden, dass die Verwaltung vielleicht nicht immer in der Lage sei, alle Themenbereiche so zeitnah wie früher abzuarbeiten. Mögliche Einschränkungen bestünden ggf. hinsichtlich der Zeitachse aber nicht hinsichtlich der Qualität der Arbeit.

Die CDU-Fraktion vertrete die Auffassung, so Herr **Hasler**, dass für zeitliche Mehrleistungen in einem Bereich nicht zwangsläufig neue Stellen geschaffen werden sollten. Falls notwendig könnten für eine bestimmte Zeit auch Leistungen und Sachverstand eingekauft werden. Lang- und mittelfristig gesehen gesehen sei dies die bessere Lösung. Die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Herr **Kühnapfel** wies darauf hin, dass seine Fraktion keine neue Stelle beantragt habe, sondern die vorgesehene Stellenstreichung nicht mittrage. Zur Qualität der Arbeit ergänzte Herr Kühnapfel am Beispiel der Lokalen Agenda, dass für ihn im Verwaltungshandeln auch die Zeitachse ein Qualitätsaspekt sei.

Abstimmung über den Antrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Antrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Ausschreibung von Stellen aufgrund des Landesgleichstellungsgesetzes

Herr **Kühnapfel** sah den Beschlussvorschlag, dass der Antrag gegenstandslos sei, zumindest im Teilbereich als unverständlich an, da die Verwaltung erklärt habe, die Stelle in der Gruppenleitung 34.1 auszuschreiben. Ferner handele es sich nicht lediglich um neue Organisationsbezeichnungen, da ein neues Fachdezernat gebildet werde. Der Antrag seiner Fraktion werde unverändert aufrecht erhalten.

Unter Hinweis auf ihre Stellenplanrede betonte Frau **Dyduch** aus, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich die Förderung von Frauen und Männern mittrage. Die Ausschreibung der Stellen des Fachdezernenten und des Fachbereichsleiters 23 werde aber als nicht erforderlich und hilfreich angesehen. Im Bereich der Gruppenleiterstelle werde die Ausschreibung begrüßt.

Herr **Bremmer** schlug vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Antrag abgelehnt werde. Der Antrag werde von der antragstellenden Fraktion unverändert beibehalten und könne somit nicht als gegenstandslos beschlossen werden.

Herr **Baudrexl** legte dar, dass nach Auffassung der Verwaltung, bezogen auf die beiden erstgenannten Stellen, eine interne Ausschreibung nicht erforderlich sei. Hier würden vorhandene qualifizierte Mitarbeiter in Leitungsfunktionen, die ihre Aufgaben gut und engagiert erfüllten, in eine neue Organisationsstruktur eingebunden. Bezüglich der Stelle des Gruppenleiters 34.1 werde die interne Ausschreibung vorgenommen.

Herr **Hupe** machte den Vorschlag vor, über die Ausschreibung der Stellen getrennt abzustimmen.

Abstimmung über den Antrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Beschluss:

1. Die interne Ausschreibung der Stellen des Fachdezernenten und des Fachbereichsleiters 23 wird abgelehnt.
2. Die Stelle des Gruppenleiters 34.1 wird intern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

zu Ziff. 1: bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

zu Ziff. 2: einstimmig angenommen

Herr **Erdtmann** ließ sodann über den Stellenplan abstimmen.

Beschluss:

1. Die Erläuterungen der Verwaltung im vorgelegten Arbeitspapier (Vorbericht und Arbeitsverteilungsplan) werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem vorgelegten Stellenplan 2002 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Die Sitzung wurde von 16.30 Uhr bis 16.45 Uhr unterbrochen.

Herr **Hupe** stellte die Betrachtung zur Haushaltsplanberatung und Beschlussfassung unter drei Fragen. Die erste Frage lautete, woher kommen wir, die zweite, wohin gehen wir und die dritte, wo stehen wir. Wie allen bekannt sei, sei die Stadt Kamen in einem Haushaltssicherungskonzept gewesen und durch den Haushaltsvollzug der Jahre 1998 bis 2000 vorzeitig daraus entlassen worden. Mit der Einstellung eines Restdefizites von 461.000,-- DM in den Haushalt 2001 seien alle Defizite aus dem Haushaltssicherungskonzept getilgt gewesen und dies in einem Zustand, in dem man sagen konnte, die Stadt ist und war in Ordnung. Niemand werde bestreiten, dass es unabwiesbare Investitionen gebe. Einige wünschten sich, dazu gehöre auch die SPD-Fraktion, sie wären längst geflossen. Letztlich sei das Ergebnis aber eine Punktlandung gewesen, mit der während der Jahre 1998, 1999 und 2000 nicht zu rechnen gewesen sei. Bei der Beratung über den Haushalt 2001 habe man dann erfreut feststellen können, dass der Haushalt ohne Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes auszugleichen war.

Auf die Prognosen bei der Aufstellung des Haushalts 2001 eingehend legte Herr Hupe weiter dar, dass die Forschungsinstitute bei der Herbstschätzung 2000 von einem Wachstum in Höhe von 2,7 %, IWF 3,1 %, Sachverständigenrat 2,8 %, OECD 2,5 % und die Bundesregierung von 2,75 % ausgegangen seien. Im Frühjahr 2001 habe man dann bei ca. 2,1 % und im Herbst bei 0,6 bis 0,7 % gelegen. Fakt sei nun, dass für das III. Quartal die Rezession wahrscheinlich und für das IV. Quartal ganz sicher sei. Dies bedeute, dass bis zu dem Eintritt in den Haushalt 2001 eine vernunftbetonte, verantwortete und sinnvolle Haushaltswirtschaft in Kamen stattgefunden habe. Das Hauptverdienst hierfür gehöre der Verwaltung und insbesondere dem Kämmerer. Wenn es nicht gelungen wäre, den Haushalt auf den Stand von Anfang 2001 zu bringen, wären die Probleme weit größer geworden. Ein Mitverdienst der Politik ergebe sich allenfalls insoweit, als der Rat insgesamt aus Einsicht in die strukturellen Bedingungen in der Frage der politischen Beschlüsse und Ausgabenrelevanz Bescheidenheit geübt habe. Vor dem Hintergrund der genannten Prognosezahlen habe man sich das erste Mal darauf eingelassen, zumindest die SPD-Fraktion, die Schätzung optimistischer vorzunehmen. Bei einem Gewerbesteuer-Ist von 21 Mio. DM im Jahre 2000 sei es nicht unbillig gewesen zu vermuten, das Ist könne im Jahre 2001 21,5 Mio. DM betragen. Bis dahin, so Herr Hupe, sei die Stadt Kamen finanzwirtschaftlich ein Musterschüler gewesen. Dies belegten auch die kreisweiten Vergleichszahlen. Herr Hupe wies das Klischee, die sozialistischen Prunkbauten hätten die heutigen Probleme verursacht, in aller Sachlichkeit zurück. Die Stadthalle begehe im nächsten Jahr ihr 10-jähriges Jubiläum. Im Hinblick auf den Zeitpunkt der Finanzierung und der baulichen Tätigkeit könne vernunftmäßig im Jahre 2001/2002 nicht gesagt werden, dass diese Investition ursächlich sei für die aktuelle finanzielle Lage. Fachleute seien sich einig darin, dass eine solche Zusammenhangsherstellung nicht sinnhaft sei. Zur Formulierung der soziokulturellen Spielwiesen wies Herr Hupe darauf hin, dass man sich entscheiden müsse, was man eigentlich wolle. Auf der einen Seite werde von Stadtmarketing geredet. Dieser Begriff, von dem keiner genau wisse, was er eigentlich bedeute, werde nun benutzt, um alle möglichen städtischen Attraktivierungen auf den Weg zu bringen, damit die Wirtschaft in der Stadt gut laufe und vielleicht, zumindest sei das der SPD-Fraktion sehr wichtig, die Lebensqualität der Men-

schen in dieser Stadt betone und nach vorne entwickle. Wenn dies gelten solle, dann müsse den Menschen erklärt werden, dass eine Bücherei, Kulturstätten, vielleicht auch ein Museum, das mit bescheidensten Mitteln auf den Weg gebracht wird, oder auch Sportstätten soziokulturelle Spielwiesen seien. Eine solche Formulierung bewerte auch die Tätigkeit und das Interesse der Menschen an diesen Einrichtungen. Sein Vorschlag wäre, lieber von öffentlicher Daseinsvorsorge zu sprechen, da er dann auch besser mit der Bemerkung über die Aufgabenkritik umgehen könne.

Die Gemeindefinanzen allgemein, so Herr Hupe weiter, seien in einer Krise. Die Gewerbesteuereinnahmen in ihrer jetzigen Rechtskonstruktion führten zu Verwerfungen, die landesweit exorbitant seien. So werde Leverkusen bei einem Minus von 65 % und Bochum aus bestimmten Effekten heraus bei einem Plus von 42 % landen. Der Städtetag spreche von einem durchschnittlichen Minus von 16 %. Seine Prognose für Kamen belaufe sich auf 30 % Minus. Dieser Zustand sei nicht mehr händelbar. Auf Initiative der CDU-Fraktion und redaktioneller Verständigung der Fraktionen habe der Rat der Stadt Kamen gemeinsam eine Resolution auf den Weg gebracht. Die SPD-Fraktion habe großen Wert darauf gelegt, die Abschaffung der Gewerbesteuer zu fordern. Wohlwissend, dass die Abschaffung verfassungsrechtlich nicht so einfach und das Thema in der kommunalen Familie umstritten ist. Außerdem stelle die Gewerbesteuer natürlich ein ureigenes Heberecht der Gemeinden dar. Bei einem Verzicht wisse man nicht, was man als Gegenleistung erhalte. Die Reaktionen auf die Resolution seien den Fraktionen bekannt gegeben worden. Vom Landesfinanzminister habe man zumindest die Einsicht erfahren, dass die bestehende Gewerbesteuerregelung kein bleibender Zustand sein könne. Gemeint sei natürlich die Organschaft. Herr Hupe erinnerte daran, dass die Organschaftsregelung bei der Gewerbesteuer nicht Bestandteil der Unternehmenssteuerreform der rot-grünen Koalition gewesen sei. Organschaft bedeute nichts anderes, als dass Mutter- und Tochterunternehmen Verluste und Gewinne miteinander verrechnen können. Nach seinen Informationen werde es bereits zum 1.1.2002 eine Initiative der Bundesregierung zu einer Rechtsänderung dahingehend geben, dass die gewerbesteuerliche Organschaft der körperschaftlichen angepasst wird. Demnach müsse es künftig in der Innenregelung zwischen Müttern und Töchtern bei Firmenkonstruktionen und Gesellschaftsgestaltungen vertraglich finanzielle Regelungen geben, also einen sogenannten Beherrschungszustand, und es müsse einen Gewinnabführungsvertrag geben. Diese Regelung sei in der Körperschaftssteuerreform enthalten und in der Gewerbesteuerorganschaft noch nicht. Nach Signalen aus Berlin betrage der geschätzte Effekt für die kommunale Familie 1 Milliarde DM. Es werde ein weiterer Punkt zu bearbeiten sein, der sich auf die Gewerbesteuer negativ auswirke, die Stadt Kamen aber weniger berühre. Bei der sogenannten Mehrmütterschaft werde es künftig darum gehen, auch Verrechnungen nicht mehr anzuerkennen. Sollte das Urteil des Bundesfinanzhofes rechtskräftig werden, koste das die kommunale Familie 600 Mio. DM. Diese Regelungen würden in einem Unternehmenssteuerfortführungsgesetz enthalten sein.

Herr Hupe betonte, dass eine Gemeindefinanzreform auch unerlässlich sei, da die Steuerkraftmesszahlen der Gemeinden deutlich zurückgingen. Kamen werde in der Steuerkraftmesszahl 5,39, Werne 9,06 und Bergkamen 11,25 Punkte verlieren. Auf der Gewinnerseite mit durchaus bescheidenen Werten stünden Bönen, Fröndenberg und Unna. Damit stelle sich die Frage nach der Zeitschiene einer solchen Gemeindefinanzreform. Nach Aussage des Bundes komme die Reform mittelfristig. Wenn mittelfristig allerdings in 4 oder 5 Jahren bedeute, gerieten sicherlich einige

Städte in die Zwangsbewirtschaftung.

Als wichtig bezeichnete Herr Hupe den Sozialhilfefaktor und ging in diesem Zusammenhang auf den Kreis ein. Auf den Kamener Haushalt sei er noch wenig eingegangen, da die Bedingungen so eminent seien, dass die eigenen Handlungsmöglichkeiten sehr selbstkritisch, aber auch bescheiden zu betrachten seien. Der Kreis werde nach offizieller Mitteilung seine Umlage für 2002 bei 37 Punkten belassen. Es werde aufgrund der sinkenden Verbundmasse der Kreisumlage dort einen Verlust von 3,617 Mio. € geben, für die Stadt Kamen eine Senkung von 385.293,00 €. Der Kreis gehe damit in ein Haushaltssicherungskonzept. Daraus könne man entnehmen, dass der Kreis ein durchaus fairer Partner sei. Die soziale Grundsicherung auf der Kreisebene steige und der Mehraufwand betrage 0,8 Mio. €. Die Aufgabenübertragungen des Landschaftsverbandes verursachten Mehrkosten von 2,8 Mio. €. Von 1997 bis zum Frühjahr 2001 habe man sinkende Fallzahlen von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern gehabt. Diese Zahl steige wieder an. Die Bedeutung für die kommunalen Haushalte könne sich jeder ausrechnen.

Herr Hupe hielt es für falsch, die Schuld dem Landschaftsverband zuzuschieben. Der Landschaftsverband werde eminente Mehrforderungen bei der Hilfe zur Eingliederung haben. Von daher gesehen mache es wenig Sinn, wenn diese 0,6 Punkte vom Landschaftsverband durchgereicht würden für die Aufgaben, die dem Kreis übertragen werden, wenn sich auf der anderen Seite dann die Umlage erhöhe. Insofern seien 0,2 statt 0,6 Punkte akzeptabel. Der Kreis Unna habe im Regierungsbezirk Arnsberg die höchste Belastung im Sozialkostenbereich. Die Aufwendungen stiegen künftig an. Hinzu kämen die Aufgaben aus dem Sozialgesetzbuch IX, so dass der Kreis nicht umhin könne, die Kreisumlage künftig zu erhöhen. Bei einer Steigerung der Kreisumlage von einem oder mehr Punkten könne sich jeder ausrechnen, welchen Spielraum die Stadt Kamen überhaupt noch habe.

Sodann ging Herr Hupe auf seine eingangs gestellte zweite Frage, wohin gehen wir, ein. Das Problem sei aus haushaltsrechtlichen Gründen der Verwaltungshaushalt. Im Gegensatz zu Land, Bund und anderen Körperschaften dürfe im Verwaltungshaushalt nicht kreditiert werden. Es sei schwierig, Lücken zu schließen und es stelle sich die Frage, ob diese überhaupt noch zu schließen seien, wenn sich die Kreisfinanzen wie skizziert entwickelten. Das Problem sei aber auch der Vermögenshaushalt, der den investiven Beitrag leiste. Angesichts der schlechten Konjunktur in der Bauwirtschaft, insbesondere dem Tiefbau, wäre es gut, die Stadt Kamen und alle Mitglieder in der kommunalen Familie wären gute Partner im investiven Bereich. Im Vermögenshaushalt seien Investitionen eingestellt und auch in der Finanzplanung im Investitionsprogramm ausgewiesen, die viele für unabweisbar hielten. In einem Fraktionsantrag sei hochadmiert worden, dass sich die Verschuldung bei der Umsetzung aller Maßnahmen auf 160 Mio. belaufen werde. Jeder wisse aber, dass dies nicht der Fall sein könne. Bei einem Vergleich der Schuldenzahlen in der kommunalen Familie stelle man fest, dass es sinnvoll sei, einerseits die Verschuldung der Stadt Kamen insgesamt zu rechnen, aber andererseits auch zu unterscheiden zwischen den Schulden, die der kommunale Haushalt direkt bediene und denjenigen, die in Sondervermögen angelegt seien. Dies bestätige die mit der Gründung des Eigenbetriebes getroffene Regelung. Der Verschuldungsgrad der Stadt Kamen sei überschaubar. Grundsätzlich stellte Herr Hupe klar, dass niemand die Verschuldung wolle. Keiner werde im Bereich der Verschuldung Grenzen überschreiten wollen oder die Verschuldung als sinnvollen Weg betrachten. Ebenso

werde niemand bestreiten wollen, dass geliehenes Geld das teuerste ist. Sofern man aber von einer moralischen Betrachtung der Schulden spreche, dann müsse man auch von einer moralischen Betrachtung von Leistungen sprechen. Diese Abwägung dürfe nicht leicht genommen werden und sollte in aller Ruhe diskutiert werden. Denn sollte der Bereich einer maßvollen Verschuldung im Prinzip als unmoralisch ausgeblendet werden, dann werde ein notwendiger Betrachtungsspielraum der Diskussion ausgeblendet. Herr Hupe hielt dies für unverantwortlich. Er wolle den Moralbegriff an dieser Stelle nicht zurückweisen, ihn aber richtig einordnen. Die Standortbestimmung bedeute also, dass die freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Das seien nach seiner Einschätzung aber unter Gegenrechnung der Einnahmen weniger als 2 Mio. €. In Anbetracht der Haushaltslöcher könne man sich vorstellen, dass dies nicht ausreiche und sich die Frage stelle, wie und wie weitgehend gespart werden müsse. Dies sei eine schwierige Kernfrage. Der Sparkommissar komme erst dann, wenn es nicht gelinge, zu einem Konsens im Umgang mit diesen Haushaltslöchern zu kommen. Hierzu sollten alle Parameter der Haushaltssteuerung, also die Einnahmen und die Ausgaben, mit einbezogen werden. Andernfalls könne man dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger an eine verantwortliche Haushaltspolitik auch nicht gerecht werden. Insofern sei der Sparkommissar, so Herr Hupe, für ihn durchaus noch in weiter Ferne. Klar sei aber auch erstens, dass dies nicht alleine zu schaffen sei und zweitens, dass sich niemand entziehen werde, wenn es darum gehe, eigene Anstrengungen zu unternehmen. Die SPD-Fraktion werde sich anstrengen. Aber das allein sei es nicht. Zum Stichwort Aufgabenkritik bezog sich Herr Hupe auf einen Presseartikel, in dem der Gedanke von der Begrenzung und dem sich Zurücknehmen auf Pflichtaufgaben nachzulesen sei. Das sei die von ihm angesprochene Abwägung. Wenn als Ziel vorher festgelegt werde, nur noch bei Pflichtaufgaben zu landen, dann werde der Stadt Kamen der Rahmen für die letzte kommunale Gestaltung entzogen. Der Rat entziehe sich dann selbst die Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung. Sich auf Pflichtaufgaben zu reduzieren, sei die SPD-Fraktion gerne bereit zu diskutieren, aber sie sei nicht bereit, da anzukommen. Seine Fraktion sei bereit, notwendige sinnvolle Wege unterwegs mitzugehen. Das sei Aufgabenkritik. Aber Aufgabenkritik nicht nur mit dem Ziel, Aufgaben zu streichen, um Personalstellen einsparen zu können. Bei den Einnahmen, so Herr Hupe, werde zu überlegen sein, wie und in welcher Höhe die Stadt Hilfe durch die GSW bekommen könne. Ebenso werde man noch einmal auf die Einnahmenseite im Kulturbereich schauen müssen. Unterstützung werde auch auf Ebene der Landesfinanzen benötigt. Die GFG-Struktur könne so nicht bleiben. Ziel müsse sein, gerade im Kreis Unna, dass der Sozialhilfefaktor im Gemeindefinanzierungsgesetz eine andere Stellung erhalte, um die Lasten, die hier getragen werden müssen, auch anerkannt zu bekommen. Dies widerspreche auch dem Prinzip der vergleichbaren Lebensverhältnisse.

Auf die dritte Frage eingehend, wo stehen wir, betonte Herr Hupe zunächst, dass von allen Fraktionen belegt worden sei, sparen zu wollen. Alle hätten auch gesagt, und dazu stehe auch die SPD-Fraktion, dass sie zu einer Schuldenkontrolle stehen und kommen wollen. Von allen seien Anträge gestellt worden in dem Wissen, dass sie eigentlich der Einstieg, nicht aber der Schnittbeitrag sind. In den Anträgen gebe es Gemeinsamkeiten, die bei den Haushaltsberatungen der einzelnen Pläne deutlich würden. Klar sei aber auch und müsse ehrlich gesagt werden, dass noch niemand ein Packende habe. Das benötige auch noch Zeit. In der heutigen Ratssitzung sei über den Vorschlag zu entscheiden, ob der Beschluss über den Haushalt 2002 verschoben werden solle. Die SPD-Frak-

tion lehne dies aus vielen Gründen ab, von denen er zwei nennen wolle. Erstens müsste die Einsparung im Haushalt 2002 ad hoc ohne Antwort auf die gestellten Prüfaufträge beschlossen werden und zweitens müsse man sich fragen, welches Volumen und welche Effekte damit erreicht würden. Diejenigen, die das Verschieben für sinnvoll hielten, wüssten noch nicht, zu welchen Änderungen dies in den nächsten Wochen führen solle. Hinzu komme, dass Effekte aus dem Haushalt 2002 in 2004 zu veranschlagen seien. Insofern wäre eine Verschiebung, falls es zu gemeinsamen Beschlüssen käme, wo eingespart werden solle, allenfalls ein Weg, die Verschuldung mit Blick auf das Haushaltssicherungskonzept zu verringern. Anzuerkennen mit diesen Vorschlägen sei sicherlich der Weg, das Jahr 2002 nicht verstreichen zu lassen nach dem Motto, weiter so. Dies wolle die SPD-Fraktion auch nicht. Der Weg, ein Haushaltssicherungskonzept bis zum Sommer auf den Weg zu bringen, um es dann zu beraten, auszuarbeiten und für den Haushalt 2003 zu beschließen, sei der angemessene Weg und lasse genügend Zeit. Die Zeit erschien Herrn Hupe wichtig, weil eine Diskussion benötigt werde. Das Umdenken werde möglicherweise auch noch richtig definiert werden müssen. Das Haushaltsjahr 2002 sei ein Haushaltsjahr des Übergangs. Im Haushaltsjahr 2003 werde voraussichtlich ein strukturelles Defizit von 4,8 oder 4,9 Mio. € zu verzeichnen sein. Die mittelfristige Planung gehe von einer Gewerbesteuer in Höhe von 9,4 Mio. € aus. Das verdeutliche die Breite des Problems und das Volumen der Schwierigkeiten. Deshalb sei der Haushalt 2002 wirklich ein Haushalt des Übergangs. Die SPD-Fraktion möchte das Ergebnis der Prüfaufträge abwarten und mögliche Wege in Ruhe miteinander diskutieren. Zumindest einige der heutigen Anträge seien ein Schritt in die richtige Richtung. Das Problem werde aber nicht gelöst. Den Anträgen der Bürgergemeinschaft konnte Herr Hupe einen inhaltlichen Bezug zum Haushalt überhaupt nicht entnehmen. Probleme sehe seine Fraktion auch in Forderungen, die den Verwaltungshaushalt noch zusätzlich belasteten.

Als Schritt in die richtige Richtung sah Herr Hupe an, dass es zumindest im Vorfeld zwischen den Fraktionen Gespräche über den Haushalt 2002 und die Perspektive gegeben habe. Dies sollte fortgesetzt werden. Es sei vielleicht auch richtig, dass der Begriff des Umdenkens dahingehend zu verstehen sein müsse, dass ein Nein möglich werden müsse. Dem stimme die SPD-Fraktion zu. Aber das Umdenken müsse auch im Sinne einer realistischen Positionsbestimmung erfolgen. Damit meinte Herr Hupe die Abwägung zwischen dem Leistbaren und dem notwendigerweise zu Entziehenden. Messlatte dabei müsse immer sein, nicht Angst und Schrecken in der Stadt zu verbreiten oder Panik auszulösen bei Vereinen, Verbänden und Institutionen. Im Gegenteil solle dazu eingeladen werden, an einer realistischen Positionsbestimmung mitzuarbeiten.

Herr Hupe unterstrich, dass die Stadt Kamen bis zum Eintritt in den Haushalt 2001 und darüber hinaus Musterschüler gewesen sei. Das Problem sei die Gewerbesteuer. Es stelle sich die Frage, ob Kamen Musterschüler bleiben wolle und wie Musterschüler verstanden werden solle. Darüber müssten die Fraktionen sich verständigen. Wichtig sei miteinander zu reden. Und wenn kein Packende da sei, dann müsse versucht werden, eins zu finden. Wenn der Satz richtig sei, dass in schwierigen Zeiten das Gespräch an Wert zunehme, dann sollte es bitte geführt werden. Sacharbeit sei gefordert. Die Fraktionen sollten, und das wäre auch der Wunsch der SPD-Fraktion, auf polemische Öffentlichkeitsarbeit verzichten.

Als wichtig stellte Herr Hupe abschließend zwei Begriffe heraus. Es müsse redlich zugehen und das gerade mit Blick auf den Schuldenbegriff. In

allen Fraktionen seien viele von dem Verschuldungsgespenst erfasst und empfänden dies als Bedrohung. Dies nehme er sehr ernst. Redlich heiße aber auch, dass die vorhandenen Möglichkeiten umfassend gesammelt, erörtert und bewertet würden, um dann zu dem zu kommen, was der Redlichkeit an die Seite gestellt werden müsse, nämlich die Fürsorge. Fürsorge bedeute, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge auch angesichts der schlechten finanziellen Lage ein Angebot zu erhalten, das Kamen auch weiterhin zu einer lebenswerten Stadt mache. Das sei Aufgabe der Politiker und das, wofür sie gewählt seien. Diese Aufgabe sollte gesehen und der Haushalt 2002 in einer Weise auf den Weg gebracht werden, die es ermögliche, die darüber gelagerten Aufgaben gemeinsam im ersten Halbjahr des kommenden Jahres anzugehen.

Herr **Kissing** legte dar, dass die Diskussion über den Haushalt 2002 auch etwas zu tun habe mit Ursachen und Bewertungen für die Situation, in der die Stadt Kamen sich befinde. Es gehe aber auch um Verantwortung und Fehlentwicklungen, um die Frage von Perspektiven für eine Haushaltsentwicklung über das kommende Jahr hinaus, um Einsichtsfähigkeit und Handlungsmöglichkeiten, auf die man sich verständige. Dies sollte situationsbezogen geschehen, so dass nicht weiter verschoben und geschoben werde. Wie allen bekannt sei, würden die Rahmenbedingungen des Haushalts von außen geprägt. In der Vergangenheit habe es das Ritual gegeben, kritisierst du das Land, dann zitiere ich den Bund. Da die Zuständigkeiten mittlerweile klar seien, sollte auf dieses Ritual verzichtet werden.

Wenn über Ursachen geredet werde, müsse auch ganz deutlich gesehen werden, dass die derzeitige Haushaltssituation, die Herr Kissing als ruinös und desaströs bezeichnete, auch auf Einflüsse einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückzuführen sei. Das rot-grüne Reformprojekt beschere schlechte volkswirtschaftliche Kennzahlen und seit 3 Jahren bilde die Bundesrepublik Deutschland das Schlusslicht in der EU. Die Arbeitslosenzahlen wüchsen und brächten, das sei das Bedauerlichste, im Bereich der Ausbildungsplätze ein Minus von 1/3 im Vergleich zum Vorjahr. Diese erschreckende Aussage müsse auch in unserem Arbeitsamtsbezirk festgestellt werden. Herr Kissing betonte, dass die CDU-Fraktion kein Verständnis dafür habe, dass in einem internen Zirkel unter Beteiligung des Arbeitsamtsleiters dieses Problem ohne Zugang für andere bearbeitet werde. Anderen Fraktionen stehe dies selbstverständlich auch frei. Herr Kissing fragte sich aber, ob das Sinn der Sache und an dieser Stelle nicht mehr Offenheit gefordert sei. Nach seinem Eindruck werde Aktionismus vorgetäuscht. Konkrete Ergebnisse zeigten sich nicht.

In der Vergangenheit, so Herr Kissing weiter, habe es den Ausspruch gegeben: Stadt und Land, Hand in Hand. Inzwischen gewinne man den Eindruck, dass man besser Bund und Land, Hand in Hand, sagen sollte. Die Politik der ruhigen Hand des Bundes wirke sich ruinös auf die Kommunen aus. Letztlich müsse man zusehen, wie die Lebensgrundlage als Stadt zerstört und die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt werde, weil die Finanzmassen nicht mehr zur Verfügung gestellt würden. Ein weiterer Gesichtspunkt sei auch die Politik des kalten Rechenschiebers. Das Land rechne die Kommunen reich, um Gegenargumente zu finden. Es werde bestritten, dass das Land überhaupt einen größeren Einfluss auf die Kommunalfinanzen habe. Wer keine Hemmungen habe, kreditfinanzierte Rücklagen in den Landeshaushalt einzustellen, dem sei auch zuzutrauen, dass er die Kommunen reicher rechne, als sie es in Wirklichkeit seien. Herr Kissing verwies zu diesem Punkt auf die Vorbemerkung

im diesjährigen Haushaltsplan, wo schon sehr objektiv und säuberlich die Einflüsse aus der Bundes- und Landespolitik aufgelistet seien. Diese Entwicklung sei bereits seit 1993 zu beobachten. In Kamen sei an einigen Stellen richtigerweise versucht worden, dagegen zu steuern. So seien zum Beispiel Rücklagen eingesetzt worden. Stellenweise sei auch das Ausgabeverhalten überprüft worden. Die Stadt habe einen Eigenbetrieb Stadtentwässerung gegründet mit durchaus positiven Effekten. Zudem seien Baugebiete erschlossen und Grundstücke verkauft worden, um den Haushalt in schwarzen, letztlich seien es doch immer noch rote Zahlen gewesen, zu halten. Weiterhin sei auch durch Verwaltungsstrukturreform und Stellenabbau eine Stagnation der Personalkosten erreicht worden. Die CDU-Fraktion sei aber der Meinung, dass noch nicht ausreichend genug getan worden sei. Sie habe den Eindruck, dass die SPD-Fraktion das Gegensteuern gebremst habe. Die Situation, wie sie sich jetzt tatsächlich abzeichne in der Entwicklung, sei als Schwarzmalerei oder als "CDU redet die Finanzen schlecht" bezeichnet worden. Stattdessen sei weiter investiert worden in die Ausstattung der Stadt. An der einen oder anderen Stelle behutsam zwar, aber trotz der engen Finanzsituation sei die Ausstattung vorangetrieben worden. Die CDU-Fraktion glaube, dass es noch immer eine Hemmschwelle gebe, die tatsächliche Situation so zu realisieren und zu erfassen, dass es auch zu Gegensteuerungen kommen könne. Beispiel dafür sei der Kunstrasenplatz in Methler. Herr Kissing wiederholte sein Unverständnis darüber, dass der Sportplatz überhaupt noch im Haushalt vorhanden sei. Auch wenn es Versprechungen gegeben habe, die seiner Fraktion aber nicht bekannt seien, entscheide am Ende der Rat. Der Bedarf des Sportplatzes werde nicht bestritten. Die CDU-Fraktion halte es aber für unverantwortlich, so ein Projekt kreditfinanziert zu verwirklichen und gleichzeitig in Kauf zu nehmen, dass Betriebs- und Folgekosten in zukünftigen Haushalten abgewickelt werden müssen. An dieser Stelle gehe es auch um ein Stück Moral. Allen sei bewusst, dass es voraussichtlich zu drastischen Einschnitten kommen werde. In diesem Jahr werde aber dennoch riskiert, in eine Komfortinvestition hineinzugehen, die finanziell nicht zu bewerkstelligen sei. Wenn man die Vergangenheit analysiere, stelle man fest, dass man sehr stark vom Prinzip Hoffnung gelebt und den Haushalt auch mit kameralistischer Akrobatik in der Waage gehalten habe. Herr Kissing erinnerte an die kreditmäßige Bezuschussung der Stadthalle. Über einige Jahre sei der Betriebszuschuss über den Vermögenshaushalt als sogenannter Kredit vergeben worden.

Als Beispiel dafür, dass nach Auffassung der CDU-Fraktion die Sparmöglichkeiten noch nicht ausreichend genutzt worden seien, nannte Herr Kissing die Sportstättenbewirtschaftung. Die Rückmeldungen seiner Fraktion seien andere als die, die die Verwaltung vorgetragen habe. Hier scheine es an der Ernsthaftigkeit gelegen zu haben, wirklich eine Bewirtschaftung auf die Vereine übertragen zu wollen. Herr Kissing erinnerte weiterhin an den Antrag "Patent für Kinderspielplätze". Zumindest laut Stellenplan seien 2 Mitarbeiter das Jahr über damit beschäftigt, die Kinderspielplätze in Ordnung zu halten. Das Arbeitgeberdarlehen zeige ebenfalls, dass immer noch etwas Spielraum vorhanden sei. In diesem Zusammenhang verwies Herr Kissing auch auf die Friedhofsgebühren. Die Pflege der Friedhöfe erfolge mit einem immensen Personalaufwand. Obwohl es ein sensibles und schwieriges Thema sei, müsse gesehen werden, dass auch diese Kosten den Bürger in einem sehr starken Maße belasten und manchmal auch gerade da, wo es sozial am wenigsten gerechtfertigt sei.

Die Verantwortung für diese Haushaltsentwicklung, so Herr Kissing weiter, liege nicht nur beim Bund und beim Land, sondern müsse auch in der

eigenen Stadt gesucht werden. Das bedeute, dass vor Ort angefangen werden müsse mit Konsolidierung und nicht zu umgehenden Einschnitten, da der Trend der kommunalen Entwicklung nach unten zeige. Es gehe letztlich nicht nur um die Gewerbesteuer. Der Haushalt werde auch belastet durch Aufgaben, die von oben verordnet würden und für die es dann keine Finanzmittel gebe. Unbestritten zwischen den Fraktionen sei die Tatsache, dass der Rat im nächsten Jahr über ein Haushaltssicherungskonzept 2003 beschließen müsse. Eigentlich wäre dies schon für 2002 erforderlich gewesen. Obwohl der Haushalt rechnerisch ausgeglichen sei, belaufe sich der Fehlbetrag de facto auf 3,6 Mio. €.

Als positiv bewertete Herr Kissing, dass keine Steuererhöhung stattfinde. Dies wäre ein falsches Signal zu dieser Zeit. Im Finanzplan lasse sich aber ab 2003 bereits eine kalkulierte Steuererhöhung um 5 % bei der Grundsteuer und wahrscheinlich auch bei der Gewerbesteuer feststellen. Der Haushalt werde auch nicht gerettet durch die Inflation von Spar- und Streichungsanträgen, die erfreulicherweise zu verzeichnen sei. Die SPD-Fraktion habe nach seiner Erinnerung in diesem Jahr erstmalig konkrete Veränderungsanträge gestellt. Herr Kissing stimmte mit Herrn Hupe darin überein, dass das rechnerische Defizit auch nicht durch Streichen aller freiwilligen Leistungen auszumerzen sei. Zudem sehe seine Fraktion weitere Belastungen auf den städtischen Haushalt zukommen, z.B. im Bereich der Pflegekosten und der Heimunterbringung. Im nächsten Jahr stelle sich die Aufgabe zu überlegen, ob im ambulanten Dienst Veränderungen herbeigeführt werden können, die es ermöglichen, Heimunterbringung durch ambulante Betreuung in Kamen zu ersetzen. Dies gehe selbstverständlich nur bei einem entsprechenden schulischen Angebot vor Ort. Die Forderung und der Wunsch nach einer Schule für Erziehungsbeihilfe im Sekundarbereich werde für richtig gehalten. Hier müsse man versuchen, eine sinnvolle Kooperation und Verzahnung zwischen ambulantem Dienst einerseits und Schule für Erziehungshilfe andererseits hinzubekommen. Was nicht bedeute, dass der eine Fall auch ein Fall für die nächste Einrichtung sei.

Als Fehlentscheidung bezeichnete Herr Kissing, dass das Schulsystem nicht schon eher umgestellt worden sei. Wäre das Schulsystem, wie von den Eltern schon vor Jahren verlangt, etwas eher umgestellt worden, dann wäre die Stadt noch in den Genuss der Projektfinanzierung gekommen und hätte voraussichtlich 3 Mio. € einsparen können.

Das Fachdezernat Wirtschaftsförderung sei schon ausreichend kommentiert worden. Hier seien immer wieder Hinweise gegeben worden. Herr Kissing wiederholte aber den Hinweis auf die Steuerung und die Transparenz im Baubetriebshof. Es gehe nicht darum, die Arbeitsleistung von Mitarbeitern minder zu bewerten. Der Baubetriebshof sei aber nicht die schnelle Eingreiftruppe des Bürgermeisters und auch nicht für alle Angelegenheiten in der Stadt zuständig.

Herr Kissing bezog sich dann auf den Antrag seiner Fraktion, ein Haushaltssicherungskonzept sofort zu beraten und zu verabschieden. Dies sollte bereits in der Märzsession des kommenden Jahres geschehen, da es wichtig sei, keine Zeit zu verlieren. Jeder weitere Monat erschwere die Situation. Neben der sofortigen Handlung spreche sich die CDU-Fraktion auch dafür aus, zu Reduzierungen zu kommen, damit das Defizit, das bis 2006 mit 14,6 Mio. € errechnet sei, nicht noch weiter aufgebaut werde. Seine Fraktion sage auch ganz deutlich, dass es zu weiteren Personaleinsparungen kommen müsse. Dies werde der Personalrat nicht gerne hören. Es sei dann aber ein Gebot der Fairness, auch zu Aufgabenredu-

zierungen zu kommen. Die CDU-Fraktion sage weiter, dass eine Inkaufnahme weiterer Verschuldung nur eingeschränkt akzeptabel sei. Jede weitere Verschuldung bringe weitere Belastungen über Zinszahlungen im Verwaltungshaushalt und enge die Handlungsmöglichkeiten ein. Diese Frage sei auch moralisch zu bewerten, da über das Haushaltsjahr 2002 hinaus gehandelt werde und die sich daraus ergebenden Belastungen auch zukünftig zu tragen seien. Die moralische Frage lasse sich auch an der Sichtweise der Großstadt Dortmund festmachen, die keine andere Möglichkeit als die Verschuldung sehe. Die CDU-Fraktion sehe dies für Kamen nicht so. Da nicht darauf gehofft werden könne, in den nächsten Jahren zu einer durchgreifenden Finanzreform zu kommen, müsse in der eigenen Stadt angefangen werden.

Herr Kissing sprach in seinem Ausblick drei Punkte an. Die CDU-Fraktion glaube, dass die Stadt mit dem Haushalt 2002 an einer Weggabelung stehe. Diese Weggabelung bedeute einerseits, eine Zwangsverwaltung zu riskieren oder andererseits, soweit möglich schnell aktiv zu werden, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Er wisse auch nicht, ob die Richtungsangabe seitens der großen Fraktionen "halten, was zu halten ist", im Sinne einer vorsichtigen und vorsorgenden Finanzpolitik wirklich der richtige Weg sei. Als zweiten Punkt führte Herr Kissing auf, dass die Fraktionen in einen Dialog eintreten müssen über die kommunale Richtung, die gegangen werden solle. Die CDU-Fraktion werde sich da nicht verweigern, aber sage auch, dass es in der Demokratie eine Aufgabenteilung gebe. Diese sei vom Wähler zugewiesen worden. Dies gelte wie vor dem Traualtar: In guten wie in schlechten Zeiten. Letztlich sei Kreativität gefordert und zwar derart, dass die phantasievolle Verwaltung von Defiziten ein stadttragendes Kunststück der Zukunft sein werde.

Frau **Schneider** machte deutlich, dass der vorliegende Haushalt nur formal ausgeglichen sei. Im Verwaltungshaushalt klappe eine Lücke von 3,7 Mio. €, die durch die allgemeine Rücklage, die Personalkostenrücklage, den Verkauf von Mietwohnungen sowie durch Hinzunahme der Schul- und Brandschutzpauschale gefüllt werde. Die dann im Vermögenshaushalt fehlenden Mittel würden durch Kredite ausgeglichen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei mit dieser Situation nicht glücklich, eine Alternative gebe es ihres Erachtens aber nicht. Eine Alternative werde auch bis März nicht gesehen, so dass die Entscheidung über den Haushalt nicht verschoben werden solle. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer könne auch keine Lösung sein. Die Firmen müssten in Kamen gehalten, möglichst weitere Firmen angesiedelt und diese nicht mutwillig in ein neues Gewerbegebiet nach Bönen gedrängt werden. Selbst ein sofortiger Verzicht auf alle freiwilligen Leistungen würde das Defizit zwar verkleinern, aber zur Deckung nicht ausreichen. Ein Sparen um jeden Preis sei mit ihrer Fraktion nicht zu machen. Die Kommunen dürften die Felder, in denen sie gestalterisch wirken können, nicht aus der Hand geben. Noch sei dies ohne Erlaubnis möglich. Für das Jahr 2003 werde wieder ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich. Ihre Fraktion schließe sich dem Vorschlag der SPD-Fraktion an, das Konzept gründlich zu beraten, an vielen Stellen auch unbedingt bis zu Ende zu denken, mit der Bevölkerung zu diskutieren und den städtischen Einrichtungen eine Chance zu geben.

Kommunalpolitik müsse auch weiterhin die Möglichkeit des Gestaltens haben, betonte Frau Schneider. Eine Änderung bei der Verteilung der Steuereinnahmen sei daher schnellstens erforderlich. Auf die viel diskutierte Gemeindefinanzreform könne nicht gewartet werden. Die grüne Landtags- und Bundestagsfraktion setze sich mit Nachdruck dafür ein,

dass das Verfahren endlich in Gang komme. Die Finanzkraft der Kommunen müsse gestärkt und auf eine breite und solide Basis gestellt werden. Eine tragfähige Reform müsste von allen Beteiligten gemeinsam erarbeitet werden. Der Prozess sei langwierig, so dass für Kamen im Jahr 2002 nicht mit Hilfe von außen zu rechnen sei. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimme dem vorgelegten Haushalt zu, aber nicht ohne an manch einer Maßnahme, die beschlossen werde, Kritik zu üben.

Die Kritik richte sich insbesondere, fuhr Frau Schneider fort, gegen die Errichtung eines Trainingsplatzes aus Kunstrasen in Kamen-Methler. Ihre Fraktion sei der Meinung, dass sich die Stadt bei einer derart angespannten Haushaltslage ein solches Millionen-Projekt nicht erlauben dürfe. Die Sportvereine, gerade die Jugendabteilungen, leisteten hervorragende Jugendarbeit und Bedarf an Trainingsmöglichkeiten gebe es in allen Bereichen. Auch die drohende Sportpauschalierung sei in die Überlegungen ihrer Fraktion mit eingeflossen. Dennoch sei ihre Fraktion der Meinung, dass Mittel für diesen Platz nicht vorhanden seien. Im Umweltbereich habe der Sparwille der vergangenen Jahre bereits dazu geführt, dass auf wesentliche Standards verzichtet werden müsse. Als Folge von Stellenstreichungen beim Baubetriebshof könne keine ausreichende Grünflächenpflege mehr gewährleistet werden. Nach 20 giffreien Jahren würden wieder Pestizide auf öffentlichen Flächen eingesetzt. Andererseits stelle der kommunale Haushalt für die Weihnachtsbeleuchtung weiterhin jedes Jahr 18.000 € bereit. Nach Erachtens ihrer Fraktion müssten beim Sparen neue Prioritäten gefunden werden. Für die Umsetzung des Landschaftsplanes würden lediglich 820 € zur Verfügung gestellt, von denen noch 650 € vom Land bezuschusst würden. Beantragt worden seien ferner Einsparungen bei der Umsetzung des Freiflächenplanes und des Verkehrsentwicklungskonzeptes. Die Lokale Agenda scheine in Kamen bereits gestorben zu sein, noch ehe sie wirklich begonnen habe. Landschaftspflegerische und umweltentlastende Maßnahmen werde es in Kamen wohl nicht mehr geben. Andererseits leiste man sich nach wie vor den Luxus, auf Parkgebühren zu verzichten, und dies vor dem Hintergrund eines erheblichen Investitionsbedarfs für die Parkhäuser. Nach dem Verständnis ihrer Fraktion sollten in erster Linie diejenigen zur Kasse gebeten werden, die die Kosten verursachen. Die Unterstützung der Geschäftsleute in der Kamener Innenstadt werde wichtiger genommen als die Schonung der Umwelt. In diesem Zusammenhang zitierte Frau Schneider aus einem Leserbrief, in dem mangelndes Umweltinteresse seitens des Rates und der Verwaltung beklagt wurde.

Sodann ging Frau Schneider auf die kulturelle und soziale Versorgung in Kamen ein. Von allen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von den neu angesiedelten Unternehmen und deren Mitarbeitern, werde genau beobachtet, wieviel Kultur und soziale Sicherung bereitgestellt werde. Fragen stellten sich z.B. nach einem Kino, einer gut sortierten Bücherei und einem attraktiven Museum. Die Entscheidung, hier zu bleiben oder sich neu anzusiedeln, werde beispielsweise auch beeinflusst durch das Vorhandensein von funktionierendem Vereinsleben, ausreichenden Kindertagesstätten, Jugendzentren und Spielplätzen. In Richtung der CDU-Fraktion betonte Frau Schneider, dass es sich keineswegs um soziokulturelle Spielwiesen handele. Hier gelte es, nicht durch übereilte Streichungen oder radikale Kürzungen Strukturen zu zerstören, die die Stadt lebens- und lebenswert machen, und darüber hinaus einen nicht unwesentlichen Teil zur Wirtschaftsförderung beitragen. Der vorliegende Haushalt beschere keine wesentlichen Kürzungen in den genannten Bereichen. Mit dem Haushaltssicherungskonzept werde es aber auch hier zu Kürzungen kommen, die wohl überlegt und bis zu Ende gedacht sein müssten. In

einem Dialog zwischen Anbieter, Nutzer und Politik müssten Lösungen gesucht werden, so viele Kamener Angebote wie möglich zu erhalten. Ein gutes Beispiel dafür sei die städt. Musikschule. Sie sei unverzichtbar, da sie Kinder und Jugendliche auf einer Ebene fordere, die die Vereine nicht ausreichend abdecken könnten. Um ihre Existenz aber in künftigen schwierigen Zeiten zu sichern, müsse über offenere Konzepte nachgedacht werden. Die Stadtverwaltung müsse der Musikschule noch mehr Schnittstellen für die Öffentlichkeit herstellen. Ein erster Schritt wäre, den Giebelsaal mehr als bisher neben musikschuleigenen Veranstaltungen z.B. auch für kommunales Kino, Lesungen und Jazzveranstaltungen zu nutzen.

Als sehr positiv bewertete Frau Schneider seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Entwicklung im Bereich der sozialen Sicherung und dankte allen daran Beteiligten. Dennoch gebe es auch hier einen Wermutstropfen. Offensichtlich setze man sich in Kamen nicht ausreichend mit der Drogenproblematik auseinander. Drogenabhängige verschlage es hauptsächlich nach Unna und mache die Stadt Kamen somit für die dortige extrem große Szene mitverantwortlich. Es müsse geprüft werden, in welchem Rahmen Drogenhilfe in Kamen benötigt werde und am besten umgesetzt werden könne. Mindestens so wichtig wie die Beratung vor Ort sei eine aktive Prävention. Diese finde eher vereinzelt an Schulen statt und müsse dringend ausgeweitet werden. Zu den Kosten im Jugendbereich führte Frau Schneider aus, dass die Jugend den Steuerzahler in Kamen heute weniger als noch vor 10 Jahren koste. Und das, obwohl durch die gesellschaftlichen Veränderungen, wie Zerfall der Kleinfamilie, die Zahl der Unterbringung von Jugendlichen enorm gestiegen und die Kosten explodiert seien. Betreute Wohngruppen könnten helfen, einen großen Teil der Heimunterbringungskosten zu sparen. Einige Kommunen und öffentliche Träger hätten bereits erkannt, dass man Jugendliche in den größeren Wohngruppen wesentlich günstiger und vor allem auch pädagogisch sinnvoller unterbringen könne als in Heimen. Dass trotzdem weniger Geld ausgegeben werde, liege an den Einschränkungen im Bereich der offenen Jugendarbeit. Trotz der lobenswerten Einrichtung der Jugendkulturcafés und des Einsatzes von wohnortnahen Streetworkern sei die Zahl der Stellen immer weiter zurückgegangen. Im Bereich Jugend und Schule werde gespart, während freiwillige Mittel in enormer Höhe für die Errichtung des Sportplatzes und für die Stadthalle ohne Bedenken verausgabt würden. Die für Deutschland blamablen Ergebnisse der Pisa-Studie, die mangelnde Sprachkompetenz, die schlechten Leistungen vieler Schüler und vor allem die Tatsache, dass Deutschland Spitzenreiter in der sozialen Auslese sei, müsse für Kamen vor allem heißen, das integrative Schulsystem zu stärken und an der Einhaltung der im Schulentwicklungsplan festgelegten Zügigkeit festzuhalten. Dem SPD-Antrag auf Kürzung der Haushaltsansätze für Lernmittel sowie Lehr- und Arbeitsmittel könne sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht anschließen. Die Vermittlung neuer Lerninhalte und der neuen Rechtschreibung erfordere Bücher und Kopien. Eine weitere Belastung der Schüler sei nicht vorstellbar. Eine Maßnahme, deren Umsetzung nicht verzögert werden dürfe, sei zudem die schnellstmögliche Einrichtung von Deutschkursen für ausländische Kinder im Vorschulalter in Zusammenarbeit mit den Kindergärten.

Bezogen auf den Antrag der FDP-Fraktion auf Reduzierung der Kosten für den Rat und die Ausschüsse war Frau Schneider der Meinung, dass man natürlich beim Sparen immer bei sich selbst anfangen sollte. Es stelle sich aber die Frage, ob ausgerechnet die Begrenzung der bezahlten Fraktionssitzungen der richtige Weg sei. Gemeinsam könne auch beschlossen werden, in Zukunft auf die Erstattung von Fahrtkosten zu ver-

zichten. Die Aufstellung von Ruhebänken und die Sanierung des Schiedsrichterhäuschens seien zudem wirklich gut über Sponsoren zu finanzieren. Abschließend merkte Frau Schneider bezogen auf den Antrag der BG-Fraktion hinsichtlich der Gliederung des Haushaltsplanes an, dass dieser dann auch auf regenbogenfarbenem Papier gewünscht sei.

Herr **Bremmer** legte eingangs dar, dass die finanzielle Lage der Stadt schlecht und die Euphorie des letzten Jahres vergangen sei. Die Pro-Kopf-Verschuldung werde um 18,6 % von 450 € am Ende des Jahres 2001 auf 534 € Ende 2002 steigen. Im Jahr 2002 koste die Verschuldung an Zinsen und Tilgung rd. 77,00 DM pro Einwohner, insgesamt rd. 3,6 Mio. DM. Dieses Geld fehle im Verwaltungshaushalt. Auf die Ursachen der schlechten Haushaltssituation eingehend führte Herr Bremmer weiter aus, dass der Kämmerer bei der Einbringung des Haushaltes gesagt habe, man solle die Schuld nicht nach oben schieben, sondern jetzt verantwortliche Politik machen. Dennoch sei festzuhalten, dass die Kommunen viele Belastungen von oben aufgebürdet bekämen. Neben den Sozialausgaben könne man die Verlagerung der Lasten der Schulfinanzierung, das Unterhaltsvorschussgesetz, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, die Mitfinanzierung der Krankenhausinvestition und den Asylbereich nennen. Auch der Gewerbesteuereinbruch liege teilweise daran, dass vom Gesetzgeber ungewollt neue Steuerlücken für die Unternehmen geschaffen worden seien. Diese Punkte seien auch im Vorbericht genannt. Nicht genannt sei, dass die Rezession der Politik der ruhigen Hand zu verdanken sei. Da sich die Gewerbesteuer am Ertrag der Unternehmen orientiere, schlage die wirtschaftliche Entwicklung voll auf den städtischen Haushalt durch. Es müsse Schluss sein mit der Verlagerung von Kosten auf die Kommunen und es sei Zeit für eine Gemeindefinanzierung mittels Abschaffen der Gewerbesteuer. Der Rat habe dazu einen einstimmigen Beschluss gefasst und die FDP-Bundestagsfraktion habe einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. Bei einer Gemeindefinanzreform müsse die Gewährleistung der finanziellen Eigenverantwortung der Gemeinden im Vordergrund stehen. Dazu gehöre nach dem Grundgesetz auch eine wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle mit eigenem Heberecht.

Unstrittig sei, so Herr Bremmer weiter, dass der Haushalt vom nächsten Jahr an nicht mehr ausgeglichen werden könne. Deshalb halte die FDP-Fraktion schon jetzt ein radikales Umsteuern für erforderlich. Um dies zu ermöglichen, habe seine Fraktion beantragt, den Haushalt erst im nächsten Jahr zu verabschieden. Dies gebe Zeit, in Ruhe weitere Sparmaßnahmen zu diskutieren. Herr Bremmer verwies in diesem Zusammenhang auf die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund, die den Etat nicht verabschieden wolle.

Herr Bremmer betonte, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf den Ausgleich des Verwaltungshaushaltes nur durch vollständige Auflösung der allgemeinen Rücklage und durch den vollständigen Verbrauch der Schul- und Brandschutzpauschale erreiche. Die FDP-Fraktion beurteile besonders skeptisch das Vorhaben, jetzt Immobilien auf den daniederliegenden Immobilienmarkt zu werfen, um dadurch mutmaßlich 1,3 Mio. € einnehmen zu wollen. Im Gegenteil dazu wären weitere Einsparungen notwendig. Das Verfahren einer von der BG-Fraktion vorgeschlagenen Einrichtung einer Sparkommission helfe dabei nicht weiter. Die BG-Fraktion habe ja gerade kritisiert, dass Gespräche zwischen den Fraktionen den Bürger Geld kosten würden. Das sei falsch, da eine Sparkommission mit den dann zu zahlenden Sitzungsgeldern den Bürger gerade Geld koste. Zusätzliche Gremien und zusätzliche Sitzungen würden nicht gebraucht,

sondern vielmehr weniger und effektivere Sitzungen. Auch die vorliegenden Sparvorschläge reichten nicht aus. Die FDP-Fraktion habe bereits vor 2 Wochen vorgeschlagen, auf die Erneuerung des Mobiliars in den Sitzungssälen zu verzichten. Hier zeichne sich eine breite Zustimmung ab. Seine Fraktion wolle auch zunächst auf den Rückbau der Gertrud-Bäumer-Straße und die neue Rathauszufahrt verzichten. Unterstützt würden aber die Prüfaufträge, die seitens der SPD-Fraktion gestellt worden seien, um damit ggf. zu weiteren Einsparungen zu kommen. Umstritten schon im Vorfeld der Ratssitzung sei der mehrfach angesprochene Kunstrasenplatz in Kamen-Methler. Herr Bremmer sah es als bedauerlich an, dass die Mehrheitsfraktion nicht bereit sei, die Zeichen der Zeit zu erkennen und auf diese große Ausgabe zu verzichten. Das sei auch deshalb erstaunlich, weil die Opposition geschlossen den Verzicht vorschlage und die SPD-Fraktion somit beim Bürger auf die allgemeine Meinung des Rates verweisen könne. Die FDP-Fraktion würde es auch begrüßen, den Platz errichten zu können; die schlechte Haushaltssituation lasse dies jedoch nicht zu. Diese Investition wäre vielleicht möglich gewesen, wenn die SPD-Fraktion in der Schulpolitik rechtzeitig die Zeichen erkannt und sich eher für die Haupt- und Realschule entschieden hätte.

Zum Verwaltungshaushalt schlug Herr Bremmer vor, verstärkt auf Sponsoren zurückzugreifen. Als Beispiele nannte er den Tag des Ehrenamtes und den Berufsinformationstag. Die Kosten der Ratsversammlung wolle seine Fraktion als Zeichen für die richtige Richtung durch Kürzung der anzurechnenden Fraktionssitzungen senken. Für indiskutabel werde die vorgesehene Erhöhung der Kosten für Empfänge gehalten. Ebenfalls für zu hoch halte die FDP-Fraktion die Kosten der VKU. Hier fielen neben der Verlustabdeckung auch die Kosten für die Schülerbeförderung an. Es sei auch nicht nachvollziehbar, dass die Öko-Steuer voll auf den ÖPNV durchschlage. Die rot-grüne Bundesregierung habe daran gedacht, besonders energieintensive Betriebe von der Öko-Steuer auszunehmen, den ÖPNV aber belastet. Bezüglich der Parkraumbewirtschaftung schlage seine Fraktion vor, dass der Rat bekunde, in nächster Zeit keine Parkgebühren einzuführen. Diese Bekundung würde ein Stück Planungssicherheit bedeuten und entspräche auch den Ausführungen von Frau Sobotta, wonach gerade das kostenfreie Parken einer der Pluspunkte der Kamener Innenstadt sei. Als positiv werde gesehen, dass keine Fraktion eine Steuererhöhung vorgeschlagen habe.

Auf den Antrag der SPD-Fraktion auf Kürzung der Lernmittel sowie Lehr- und Arbeitsmittel bei einigen Schulen eingehend sagte Herr Bremmer, dass es sich laut Presseangabe hierbei lediglich um Verbrauchsmittel handele. Das Gymnasium habe erklärt, gut mit weniger Geld auskommen zu können. Wenn diese Aussage stimme, stelle sich die Frage, ob im letzten Jahr das Geld für Kreide und Kopien verschwendet worden sei. Die FDP-Fraktion gehe aber vom Gegenteil aus und glaube vielmehr, dass die Schulen die Mittel gut gebrauchen können. Natürlich reagierten auch die Bürger sensibel, wenn auf der einen Seite von der Pisa-Studie und auf der anderen Seite darüber berichtet werde, die SPD-Fraktion wolle bei den Schulen den Rotstift ansetzen. Die SPD-Fraktion habe die falsche Antwort auf die Pisa-Studie gefunden. Generelles Umsteuern durch mehr Eigenverantwortung für die Schulen wäre jetzt notwendig. Die FDP-Fraktion habe zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung in den Schulen im Schul- und Sportausschuss angeregt, über Werbung an Schulen in moderatem Umfang nachzudenken. Diese Anregung sei von den Bedenkenträgern zurückgewiesen worden. Dafür kürze man jetzt lieber die Mittel.

In sehr bescheidenem Umfang beantrage die FDP-Fraktion eine zusätzliche Ausgabe im Vermögenshaushalt für die Beschaffung von Ruhebänken in den Ortsteilen. Angesichts der Sparvorschläge seiner Fraktion handele es sich bei dem Betrag von 10.000 € wirklich um einen geringen Betrag. Erreicht werden solle damit, dass ältere Bürgerinnen und Bürger bei längeren Spaziergängen oder Wegen zum Einkauf die Möglichkeit zum Ausruhen erhalten.

Zum Verfahren der Ratssitzung führte Herr Bremmer weiter aus, dass die FDP-Fraktion neben anderen Fraktionen im Ältestenrat vorgeschlagen habe, auf die Einzelabstimmung zu den jeweiligen Einzelplänen zu verzichten. Die Einzelplanabstimmung habe rechtlich und politisch keine Bedeutung und koste lediglich Zeit. Entscheidend sei ausschließlich die Abstimmung über den Gesamtplan. An die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN gewandt betonte Herr Bremmer, dass man nur Ja oder Nein und nicht Ja, aber sagen könne. Wenn dem Haushalt zugestimmt werde, dann stimme man auch einem Haushalt mit Kunstrasenplatz, mit Kürzung im Schulbereich und ohne Parkgebühren zu. Wie schlecht die finanzielle Lage sei, sehe man auch daran, dass es im Vorfeld zwischen den Fraktionen abseits aller Polemik vielerlei Gespräche gegeben habe. In dieser Sachlichkeit sollten die Fraktionen baldmöglichst an die notwendigen harten Einsparungen gehen.

Herr **Lehmann** sagte, dass der Haushaltsplan vom Rat beschlossen und Ausdruck des politischen Willens der politischen Mehrheit in Kamen sei. Wo diese politische Mehrheit seit Jahrzehnten liege, werde immer wieder deutlich klargemacht. Der Haushalt sei formal ausgeglichen. Bei genauerem Hinsehen stelle man jedoch fest, dass im Verwaltungshaushalt 7,2 Mio. DM fehlen. Das sei fast genauso viel, wie der Kämmerer im kommenden Jahr an Nettoneuverschuldung geplant habe. Das bedeute, dass Herr Baudrexl das Loch im Verwaltungshaushalt mit Schulden decken wolle. Nach der Gemeindeordnung seien Kredite aber nur für die Finanzierung von Investitionen zulässig und auch nur dann, wenn diese Investitionen unabweisbar und nicht anders finanzierbar seien. Mit diesen Buchungstricks werde somit der Geist der Gemeindeordnung unterlaufen. Das Haushaltsloch sei so groß, dass man beispielsweise bei Deckung durch Steuermehreinnahmen die Grundsteuersätze verdoppeln oder den Gewerbesteuersatz um die Hälfte erhöhen müsste. Darüber hinaus verkaufe Herr Baudrexl Tafelsilber. Die Stadt Kamen werde jedes Jahr um rd. 4 Mio. DM ärmer, weil es formal nur so gelinge, den Haushalt auszugleichen. Das sei eigentlich Scheckreiterei, der die BG-Fraktion nicht zustimmen könne. In der jetzigen Haushaltssituation müsste ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden, das der Kämmerer aber offensichtlich umgehen wolle. Die Gründe hierfür seien für seine Fraktion nicht nachvollziehbar. Die BG-Fraktion habe als einzige Fraktion der Presse gegenüber erklärt, dass sie den Haushalts- und Stellenplan ablehnen werde und auch auf die Gründe hingewiesen.

Die BG-Fraktion, so Herr Lehmann weiter, habe keine Sparvorschläge gemacht und auch keine zusätzlichen Ausgaben gefordert. Als einzige Fraktion habe sie Vorschläge zur besseren Arbeit mit dem Haushaltsplan unterbreitet, um dadurch zu gezielten Informationen zu kommen. Und sie fordere die Einberufung einer Sparkommission. Von den anderen Fraktionen sei in der Presse nicht deutlich Stellung zum Haushalts- und Stellenplan bezogen worden. Aus der gestrigen Presseberichterstattung registriere seine Fraktion, dass die CDU-Fraktion von der BG-Fraktion abkupfere. Die CDU-Fraktion habe seit gestern das strukturelle Defizit im Haushalt auch erkannt und lehne den Haushalt nun ebenfalls ab. Es stelle

sich aber die Frage nach der Konsequenz, da die Anträge der CDU-Fraktion nach wie vor in der Synopse enthalten seien. Herr Lehmann hielt die Beratung der Einzelpläne für sinnlos. Die BG-Fraktion lehne alle Einzelpläne und konsequenterweise auch den Haushalts als Ganzes ab. Um richtig zu sparen, werde mehr Insiderwissen benötigt, das den Ratsmitgliedern außerhalb der Verwaltung nicht zur Verfügung stehe. Die eingereichten Sparvorschläge für den Verwaltungshaushalt mit ihrem Gesamtwert von 98.456,00 DM zeigten, dass das Problem damit nicht gelöst werde. Die SPD-Fraktion wolle ferner bei den Schulen und Obdachlosen sparen.

Herr Lehmann stellte fest, dass auch die Sparvorschläge im Vermögenshaushalt in Höhe von insgesamt 1,2 Mio. DM nichts nützten. Wenn die laufenden Kosten zu hoch seien, helfe es auch nicht weiter, ein paar Investitionen zu streichen. Gerade in Zeiten leerer Kassen sei man auf die Ausnutzung von Fördergeldern angewiesen, um einen Stillstand in Kamen zu vermeiden. Beispiele hierfür seien die Einrichtung eines Trainingsplatzes aus Kunstrasen in Kamen-Methler und die Einrichtung einer dynamischen Fahrgastinformation für die Haltestelle Kamen-Markt. Herr Lehmann beantragte ferner, die Verwaltung mit der Zusammenstellung einer Übersicht zu beauftragen, aus der hervorgeht, bei welchen Investitionsvorhaben Fördermittel bereits fest zugesagt bzw. beantragt sind und bei welchen Investitionsvorhaben Fördermittel in Anspruch genommen werden könnten. Dieser Antrag vervollständige die zuvor von seiner Fraktion gestellten Anträge.

Im letzten Jahr, so Herr Lehmann, habe sich der Kämmerer als Befreier von der Haushaltssicherung feiern lassen. In diesem Jahr stünde man vor einem finanziellen Scherbenhaufen. Mehr Ehrlichkeit und Realismus wären besser gewesen. Die Haushaltssicherung hätte nie verlassen werden dürfen. Jetzt befänden sich die Finanzen im freien Fall. Grund für die schlechte Haushaltssituation sei nicht nur das Wegbrechen der Gewerbesteuer, sondern auch viel Hausgemachtes. Die mittelfristige Finanzplanung sehe bis 2005 eine Nettokreditaufnahme von fast 65 Mio. DM vor. Die Gesamtverschuldung der Stadt würde sich im Jahre 2005 nach den Planzahlen von Herrn Baudrexel auf 161 Mio. DM belaufen. Auf der anderen Seite sei eine Senkung der Sachausgaben nicht zu erkennen. Diese stiegen vielmehr jedes Jahr um mindestens 1 Mio. DM an. Es stelle sich auch die Frage, wo die Verwaltung bei sich selbst spart. Ende 2002 belaufe sich die Rücklage auf 117.000,-- DM und müsste eigentlich das 25-fache betragen. Wie könne dann z.B. auf Sturmschäden an Schulen oder auf einen Mehrbedarf an Streugut reagiert werden. Es müssten noch mehr Schulden gemacht werden. Bisher seien die Zinsen niedrig gewesen. Stiegen die Kapitalmarktzinsen jedoch an, dann würde die Stadt von den Zinsen für die alten und die neuen Schulden erdrosselt. Jeder Prozentpunkt Zinsanstieg koste pro Million DM Schulden im Jahr 10.000,-- DM zusätzlich. Im Jahre 2005 beliefe sich somit das Zinsrisiko aus der Gesamtverschuldung der Stadt auf 1,6 Mio. DM für jeden Prozentpunkt, den der Kapitalmarktzins steige.

Weitere Risiken bestünden beim Krankenhaus. Wie bereits der Verwaltungsleiter befände sich in wenigen Tagen auch sein Stellvertreter im Ruhestand. Im nächsten Jahr müsse dann zwangsläufig die dritte Garnitur der Krankenhausverwaltung die Leitung übernehmen. Das sei verantwortungslos. Wenn dort Fehler passierten, entstehe für den städtischen Haushalt ein Millionenrisiko mit noch mehr Schulden. Insgesamt sei festzustellen, dass die Stadt über ihre Verhältnisse lebe, für schlechte Zeiten nicht vorgesorgt habe und auf Kosten der kommenden Generationen ge-

lebt werde. Die Verwaltung nehme unnötige Risiken fahrlässig in Kauf. Der Haushalt 2002 sei ebenso wie der Haushalt 2001 geschönt. Aus den Planzahlen des Kämmerers sei nicht absehbar, wie die Defizite jemals gedeckt und die Schulden zurückgezahlt werden können. Angesichts dieser Voraussetzung sei es nur noch eine Frage der Zeit bis der Sparkommissar vor der Tür stehe. Jetzt müssten alle gemeinsam ihre Hausaufgaben richtig und vollständig machen. Der Sparkommissar werde als erstes die freiwilligen Leistungen streichen und damit die Einrichtungen schließen, auf die die Stadt Kamen so stolz sei. Die BG-Fraktion lehne den Haushalt und das Investitionsprogramm mit der gigantischen Neuverschuldung ab und wolle auch in Zukunft über die Angelegenheiten in Kamen noch selbst bestimmen können. Es mache keinen Sinn auf Hilfe von außen zu warten, da weder der Bundes- noch der Landeshaushalt besser aussähen. Rat und Verwaltung in Kamen müssten selbst und zwar richtig sparen. Die BG-Fraktion fordere daher ein Haushaltssicherungskonzept schon für das Jahr 2002. Es mache keinen Sinn, über einzelne Haushaltsansätze zu diskutieren. Die benötigten 7,2 Mio. DM seien so nicht zu erhalten. Es müsse systematisch gespart und die Kosten dort angepackt werden, wo sie verursacht werden. Der Rat müsse sich der Verantwortung für Kamen stellen und eine Sparkommission bilden. Aufgabe der Sparkommission wäre es, dem Rat Sparvorschläge zu unterbreiten, den Sparkommissar im Rathaus zu verhindern und die Selbstverwaltung von Kamen zu sichern. Den Vorsitz in der Sparkommission sollte der Kämmerer führen. Jede Fraktion und der Personalrat sollten beteiligt werden, da Vorschläge der Sparkommission zwangsläufig in den Bereich der Mitbestimmung des Personalrates eingriffen. Die Sparkommission sollte ihre Arbeit so schnell wie möglich, mindestens aber im Januar, aufnehmen. In der Sparkommission sollte die Kostenstruktur durchleuchtet werden, um so Sparpotentiale erkennen und nutzen zu können. Ferner sollten externe Berater auf Basis eines Erfolgshonorars nach Einsparmöglichkeiten suchen. Finde der Berater keine Einsparmöglichkeiten, koste er die Stadt auch nichts und bescheinige ihr gleichzeitig, optimal gewirtschaftet zu haben. Herr Lehmann verwies in diesem Zusammenhang auf die Städte Witten und Düren, die dies bereits erfolgreich erprobt hätten.

Des Weiteren müsse es möglich sein, sagte Herr Lehmann, offen über Zuweisungen und Zuschüsse reden zu können. Es sollte ein städtischer Subventionsbericht angefertigt werden. Offenheit und Klarheit seien jetzt das Gebot der Stunde. Es dürfe keine Geheimnisse und keine Gespräche mehr im kleinen Kreis und verschlossenen Hinterzimmern geben. Die SPD-Fraktion sei zwar die Mehrheitsfraktion und entscheide letztlich nach ihren Wünschen. Trotzdem und gerade in dieser Situation sei die BG-Fraktion aber bereit, zum Wohle der Stadt konstruktiv und verantwortungsbewusst an der Lösung der finanziellen Probleme mitzuarbeiten.

Die Sitzung wurde von 18.10 Uhr bis 18.25 Uhr unterbrochen.

Herr **Erdtmann** eröffnete die Generaldebatte zum Haushaltsplan.

Herr **Kissing** wies die Aussage von Herrn Lehmann, die CDU-Fraktion habe von der BG-Fraktion "abgekupfert" als unsinnig zurück. Dieser Aussage habe die BG-Fraktion selbst widersprochen, da sie von sich selbst sage, keine Ahnung zu haben und zum besseren Verständnis des Haushaltsplanes eine durchlaufende Nummerierung benötige. Im Hinblick auf dieses mangelnde Wissen und vor dem Hintergrund, dass das Ratsmandat unehrlich erworben sei, empfahl Herr Kissing der BG-Fraktion

zu überdenken, das Ratsmandat niederzulegen.

Bezogen auf die Haushaltsrede der BG-Fraktion machte Herr **Hupe** deutlich, dass derjenige nicht glaubwürdig sei, der grundsätzlich kritisiere und Appelle formuliere, ohne sich selbst im Sinne einer konkreten Vorschlags-ebene einzubringen.

Herr Hupe bezeichnete ferner die Ausführungen von Herrn Bremmer zur möglichen Geldverschwendung bei den bisherigen Haushaltsansätzen für Lernmittel sowie Lehr- und Arbeitsmitteln als unsachliche Polemik. Sparvorschläge könnten auch an der Stelle gemacht werden, an denen sie aus Sicht der verbleibenden Qualität vertretbar seien.

Dankbar zeigte sich Herr Hupe für die Signale, dass zwischen den Fraktionen ein Klima entstehe, das den geforderten Dialog möglich mache. Die Gespräche sollten geführt werden.

Herr **Kloß** sah es als widersprüchlich an, Objektförderung für die Errichtung von Schulen zu verlangen und diese Förderung dann für den Kunst-rasenplatz abzulehnen. Diese Förderungschance müsse genutzt werden.

Herr **Bremmer** stellte richtig, dass er den Schulen nicht Verschwendung vorgeworfen habe, Er habe deutlich machen wollen, dass die Schulen die Mittel gut gebrauchen könnten.

Die von mehreren Fraktionen angesprochene Pisa-Studie liege noch gar nicht vollständig vor, machte Herr **Behrens** deutlich, und warnte vor vor-eiligen Schlussfolgerungen. Mit der Studie sollte objektiv und fair umge-gangen und diese nicht bereits jetzt schon für Antragsbegründungen he-rangezogen werden.

Herr **Weigel** hielt den Antrag der SPD-Fraktion, die Haushaltsansätze für Lehr- und Arbeitsmittel sowie Lernmittel zu kürzen, für nicht zeitgemäß. Aus der Pisa-Studie gehe hervor, dass die Bildungsinvestitionen der Bun-desrepublik Deutschland unter den OECD-Mitteln lägen. Die Mittel wür-den von den Schulen dringend benötigt. Für diese Einsparung werde man später zahlen müssen. Der Hinweis, dass in den Nachbarkommunen noch geringere Mittel zur Verfügung stünden, sei eine schlechte Begründung. Herr Weigel forderte an dieser Stelle die Aussage von Herrn Hupe ein, dass es redlich zugehen müsse.

Herr **Lipinski** stellte voran, dass es falsch sei, die Pisa-Studie zur Grund-lage für politische Meinungsverschiedenheiten zu machen. Der Antrag auf Kürzung der Mittel sei gestellt worden, da sich die Haushaltsansätze in Kamen über viele Jahre hinweg auf einem hohen Niveau bewegt hätten. Insofern sei eine Kürzung für die genannten Schulformen zumutbar. Die Gesamtzahl der Schulkinder in Kamen sei nicht größer geworden. Letzt-lich steige der Gesamtansatz durch die zusätzlichen Schulen. Es erfolge eine andere Verteilung als bisher. Die Haushaltsansätze im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt verdeutlichten zudem die hohe Priorität des Schulbereichs in der Stadt Kamen.

Herr **Erdtmann** bat, spezielle Redebeiträge zu den Anträgen im Rahmen der Diskussion des jeweiligen Einzelplanes einzubringen.

Mit seiner Haushaltsrede habe Herr Hupe versucht, so Frau **Scharren-bach**, glaubhaft darzulegen, dass allein der Bund und das Land für die schlechte Haushaltssituation verantwortlich seien, um so von der Mit-

schuld der SPD-Fraktion abzulenken. Zur Fürsorge gehöre aber auch, den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt die Situation deutlich zu machen. Es müsste ehrlich gesagt werden, dass es zu Einsparungen kommen werde, die die Bürger betreffen.

Herr **Hupe** stellte klar, dass er von Fürsorge und Redlichkeit gesprochen habe. Unsachliche Schuldzuweisungen seien angesichts der Gesamtsituation nicht angebracht. Im Übrigen habe er deutlich gesagt, dass abzuwägen sei zwischen dem, was in Kamen erhalten werden könne und dem, was notwendigerweise weggenommen werden müsse. Er habe nicht bestritten, dass hierüber offen und ehrlich geredet werden müsse.

Auf den Vorwurf der parteipolitischen Beiträge seitens der CDU-Fraktion sagte Herr **Hasler**, dass die CDU-Fraktion die Vorziehung des Haushaltssicherungskonzeptes fordere, da der heute zu verabschiedende Haushalt angesichts der Landesentwicklungen bereits jetzt schon Makulatur sei. Die SPD-Fraktion habe über Jahre hinweg betont, dass es sich um einen sozialdemokratisch geprägten Haushalt handle. Warnungen seiner Fraktion seien nicht beachtet und Einsparvorschläge ablehnt worden. Für diese Vorgehensweise trage die SPD-Fraktion die Verantwortung. Nunmehr sollten die anderen Fraktionen als Partner dazu beitragen, aus der schlechten Situation herauszukommen.

Herr **Hupe** sah durch die Ausführungen von Herrn Hasler das parteipolitische Kalkül der CDU-Fraktion bestätigt. Dass die Ausführungen sachlich falsch seien, werde ebenfalls durch den Vollzug der Haushalte 1998 bis 2000 und den damit verbundenen Beratungen und Diskussionen belegt. Die frühere Umgangsart könne angesichts der sich abzeichnenden Schwierigkeiten nicht beibehalten werden. Die SPD-Fraktion sei beweglich genug dies zu erkennen und setze auf Gesprächsoffenheit. Es werde zudem kein Partner, sondern vielmehr ein sachlicher Dialog gesucht. Natürlich trage die SPD-Fraktion als Mehrheitsfraktion die Verantwortung und arbeite auch engagiert daran. Den Vorwurf aber, dass die SPD-Fraktion ursächlich für die schlechte Finanzsituation verantwortlich sei, wies Herr Hupe entschieden zurück.

Die Notwendigkeit für Veränderungen sei von allen Fraktionen dargelegt worden, sagte Frau **Dyduch**. Unterschiedliche Auffassungen gebe es hinsichtlich der Zeitachse. Die SPD-Fraktion setze auf den Dialog bis zum Sommer, da wesentliche Umbrüche nicht bis März umzusetzen seien. Die SPD-Fraktion werde sich aber auch weiterhin für sozialdemokratisch geprägte Haushalte einsetzen.

Herr **Kloß** bemängelte, dass Herr Hupe in seiner Haushaltsrede nur wenig zum städtischen Haushalt gesagt habe. In der Presse sei berichtet worden, dass die SPD-Fraktion mit diesem Haushalt ein Signal geben und den Rotstift ansetzen wolle. Hierzu vermisse er konkrete Angaben.

Herr **Behrens** begrüßte, dass der Rat die Möglichkeit habe, einen formal ausgeglichenen Haushalt beschließen zu können. Das nächste Jahr sollte dazu genutzt werden, sich auf die kommenden Entwicklungen einzustellen und notwendige Maßnahmen vorzubereiten. Konkrete Zahlen seien noch nicht bekannt. Der Haushalt 2002 liege vor und benötige kein Haushaltssicherungskonzept.

Die schlechte Haushaltssituation sei bereits im Sommer 2001 bekannt gewesen, sagte Herr **Schneider**. Für ihn sei daher unverständlich, warum

die Zeit nicht genutzt worden sei und die Aufstellung des Haushaltssicherungskonzeptes wieder verschoben werde. Es sollte frühzeitig überlegt werden, wie Einrichtungen erhalten und notwendige Reduzierungen gesteuert vorgenommen werden können.

Der Haushalt 2002 sei nicht das Produkt der letzten Wochen, so Herr **Kissing**, sondern das Entwicklungsergebnis der letzten Jahre. Weiterhin stehe fest, dass es für die Verantwortung klar verteilte Rollen gebe und sich die Suche nach Verantwortlichen somit erübrige. Die CDU-Fraktion vertrete ferner die Auffassung, dass für die Verschiebung des Haushaltssicherungskonzeptes keine Zeit vorhanden sei. Der Kunstrasenplatz in Methler sei für die CDU-Fraktion ein ausschlaggebender Punkt bei der Ablehnung des Haushalts 2002.

Herr **Erdtmann** bezeichnete die Haltung der CDU-Fraktion zum Kunstrasenplatz als unverständlich. Der Bedarf werde nicht bestritten. Die Errichtung des Platzes sei nur bei einer Landesförderung realisierbar. Im Schulbereich sei anstelle der Objektförderung bereits die Schulpauschale eingeführt worden. Diese Situation komme auch mit der Sportpauschale. Die CDU-Fraktion erhebe einerseits Vorwürfe, bei der Veränderung der Schullandschaft zu spät reagiert und somit die Objektförderung verpasst zu haben und lehne andererseits den Kunstrasenplatz ab. Seitens der CDU-Fraktion gebe es keine klare Argumentationslinie. Herr Erdtmann wies darauf hin, dass es eine Kooperation mit dem Fußball- und Leichtathletikverband Westfalen geben werde. Mit eingeschlossen sei ein Nutzungskonzept aller Sportstätten in diesem Raum. Angesichts eines Vereins mit 650 Mitgliedern und 12 Jugendmannschaften sei der Kunstrasenplatz keine Komfortlösung sondern eine Notwendigkeit. Wer den Sportplatz jetzt ablehne, wolle diesen generell nicht und gehe an den Bedürfnissen der Menschen in diesem Stadtteil vorbei. Sollte ein Schuldiger gesucht werden, so fühle er sich als Bürgermeister schuldig, da er den Bedarf erkannt und den Neubau eines Sportplatzes in den Investitionsplan 2000 eingebracht habe. Die nunmehr vorgesehene Errichtung als Kunstrasenplatz sei im Hinblick auf die Folgekosten günstiger als andere Sportplätze.

Herr **Klein** stellte die Redlichkeit in Frage, wenn eine nicht existierende Schule mit einem Kunstrasenplatz, der neben zwei bereits vorhandenen Plätzen errichtet werden soll, verglichen werde. Herr Klein sah außerdem keinen Grund dafür, das Haushaltssicherungskonzept aufzuschieben. Die Verwaltung habe ihre Flexibilität in der Vergangenheit mit der gleichzeitigen Einbringung des Haushaltsplanes bewiesen. Lediglich die SPD-Fraktion warte Anträge der anderen Fraktionen ab und bringe selbst keinen eigenen sachlichen Beitrag.

Die BG-Fraktion stimme den Ausführungen von Herrn Erdtmann zu, sagte Herr **Kloß**. Die vorhandenen Plätze seien ausgelastet und müssten zudem häufig gesperrt werden. Die Errichtung als Kunstrasenplatz werde ebenfalls befürwortet, da ein Neubau auch den neuesten technischen Erkenntnissen entsprechen sollte. Die Argumente der CDU-Fraktion stellten die ehrenamtliche Arbeit in Abrede.

Herr **Hasler** sah den Vergleich zwischen Schule und Sportplatz als unlogisch an, da die neuen Schulen bereits seit Jahren notwendig seien, während die Errichtung des Sportplatzes noch warten könne. Es sei unredlich, die Eltern-Schüler-Situation mit der Sportplatzsituation in Methler gleichzusetzen.

Bei den Projekten müsse differenziert und die Haushaltssituation berücksichtigt werden, sagte Herr **Kissing**. Über Prioritäten werde verstärkt zu diskutieren sein. Vorrangig seien nach seiner Auffassung Schulen und somit die Bildung der Kinder.

Herr **Bremmer** konnte den Vergleich zwischen Schule und Sportplatz nicht nachvollziehen. Auf die Errichtung des Kunstrasenplatzes sollte zunächst verzichtet werden, da dieser in der derzeitigen Finanzsituation nicht finanzierbar sei. Außerdem sollte die Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2002 in das nächste Jahr verschoben werden, da seine Fraktion striktere Einsparungen als bisher vorgesehen schon für das Haushaltsjahr 2002 für erforderlich halte.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN trage den Haushalt mit, erklärte Frau **Schneider**, wenngleich sie auch die Errichtung des Kunstrasenplatzes ablehne. Die Entscheidung ihrer Fraktion sei so getroffen worden, da sie glaube, die Diskussion für das nächste Haushaltssicherungskonzept zwischen Anbietern und Nutzern städtischer Einrichtungen zu benötigen. Ihrer Fraktion sei wichtig, dass das Haushaltssicherungskonzept von den Bürgern mitgetragen werde.

Investitionen für die Jugend, stellte Herr **Kaminski** fest, zahlten sich immer aus. Über Jahre hinaus habe auch Konsens über den Sportplatzbedarf bestanden. Kein Kamener Schüler habe zudem in der Vergangenheit auf Bildung und auf einen qualifizierten Schulabschluss verzichten müssen. Entscheidend sei aber die Frage nach der Lebensqualität für Kinder und Jugendliche, wenn Sportarbeit nicht betrieben werden könne.

Herr **Ebbinghaus** teilte nicht die Auffassung von Herrn Kaminski, dass Kamen nicht über ausreichend Sportstätten verfüge.

Anträge Nr. 4 der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion – Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 2002 wird ins nächste Jahr verschoben./Haushaltssicherungskonzept bereits für 2002 (nur CDU-Antrag)

Abstimmung über die Anträge Nr. 4 der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Die Anträge werden abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 17 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Verwaltungshaushalt

Antrag Nr. 5 der BG-Fraktion – Subventionsbericht –

Abstimmung über den Antrag Nr. 5 der BG-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Antrag Nr. 6 der BG-Fraktion – Gliederung des Haushaltsplanes –

Herr **Kloß** legte dar, dass eine durchlaufende Nummerierung des Haus-

haltsplanes die Kommunikation über diesen Plan erleichtere.

Abstimmung über den Antrag Nr. 6 der BG-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Antrag Nr. 7 der BG-Fraktion – Verschuldungsbericht der Stadt Kamen –

Herr **Lehmann** führte aus, dass mit dem Verschuldungsbericht den Ratsmitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern eine Übersicht über alle Schulden der Stadt mit detaillierten Angaben über Kreditinstitute, Konditionen und Zahlungstermine gegeben werden solle. Nach Auffassung der BG-Fraktion würden damit keine Geschäftsgeheimnisse berührt, so dass gegen eine Veröffentlichung nichts einzuwenden sei. Als Beispiel nannte Herr Lehmann die Stadt Kaarst, die diesen Bericht bereits angefertigt habe. Verbunden damit sei auch die Hoffnung, von anderen Kreditinstituten günstigere Angebote zu erhalten. Die finanzielle Situation der Stadt Kamen erfordere größtmögliche Transparenz.

Abstimmung über den Antrag Nr. 7 der BG-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Einzelplan 0:

Antrag Nr. 8 der FDP-Fraktion – Kosten der Ratsversammlung und der Ausschüsse –

Für die SPD-Fraktion stellte Herr **Hupe** fest, dass die gezahlten Aufwandsentschädigungen in einem vernünftigen Verhältnis zum Arbeitsaufwand stünden. Der Antrag werde daher nicht befürwortet.

Herr **Kissing** zeigte auf, dass die Fraktionen selbst in der Lage seien, einen Sparbeitrag zu leisten. So habe die CDU-Fraktion im vergangenen Jahr einen nennenswerten Betrag nicht in Anspruch genommen.

Abstimmung über den Antrag Nr. 8 der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Einzelplan 2:

Antrag Nr. 9 der SPD-Fraktion – Ausgaben für Lehr- und Arbeitsmittel sowie Lernmittel –

Herr **Lipinski** erinnerte an seine Ausführungen in der Generaldebatte. Die SPD-Fraktion schlage vor, entsprechend dem Beschlussvorschlag zu

verfahren.

Herr **Weigel** erklärte, dass er im Internet weder auf der Bundes- noch der Landesebene der SPD Hinweise zur Pisa-Studie gefunden habe. Hingegen fänden sich Beiträge, die gegen die Lehrer gerichtet seien. Durch Gespräche in Grundschulen habe er erfahren, dass die Haushaltsansätze aufgrund der zurückgegangenen Schülerzahlen bereits gesenkt worden seien. Zumindest von einer Schule sei gesagt worden, dass man mit der Kürzung die untere zumutbare Grenze erreiche. Die einzige Einsparmöglichkeit bestünde noch beim Kopiervolumen.

Bildung habe unbestritten Priorität, betonte Herr **Hupe**. Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes habe diese Kürzung bereits stattgefunden und gezeigt, dass der verbleibende Betrag auskömmlich sei und die Qualität nicht mindere. Bezogen auf die Ausführungen von Herrn Weigel informierte Herr Hupe abschließend über die Internetadresse.

Frau **Jacobsmeier** führte aus, dass durch diese Einsparung letztlich die Eltern belastet würden. Weiterhin frage sie sich, warum die Pisa-Studie heruntergestuft werde, da die Regierung doch bereits über Maßnahmen nachdenke.

Auf die Frage von Herrn **Hasler** nach dem Anteil der Stadt für Lernmittel antwortete Herr **Flaskamp**, dass der Höchstbetrag gezahlt werde.

Herr **Lipinski** bestätigte, dass die Pisa-Studie in Zukunft noch Gegenstand schulpolitischer Diskussion sein werde. Zum jetzigen Zeitpunkt seien die Ergebnisse der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt. Die Studie sollte zudem nicht für eigene politische Zwecke ausgenutzt werden. In der heutigen Sitzung gehe es um haushaltstechnische Entscheidungen. Da sich die Haushaltsansätze auf einem hohen Niveau bewegten, könnten auch Kürzungen hingenommen werden.

Die Probleme, die sich aus der Pisa-Studie ergäben, machte Herr **Eckardt** deutlich, stünden in keinem Zusammenhang mit der beantragten Kürzung der Haushaltsansätze.

Herr **Klein** sagte, dass politisches Ziel der CDU-Fraktion die Bildung und Zukunft der Kinder sei.

Abstimmung über den Antrag Nr. 9 der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Antrag Nr. 10 der SPD-Fraktion – Organisation des Mittagessens in den Gesamtschulen –

Herr **Lipinski** erläuterte, dass mit dem Prüfauftrag dem Elternwillen Rechnung getragen werden solle. Um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können, sei eine Prüfung durch die Verwaltung erforderlich.

Abstimmung über den Antrag Nr. 10 der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird an den Schul- und Sportausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Einzelplan 3:Antrag Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Maßnahmen im Rahmen der Lokalen Agenda –

Herr **Kühnapfel** führte ergänzend zur Haushaltsrede aus, dass die Haushaltsmittel nicht ausreichen. Der bisher veranschlagte Betrag sei fast ausschließlich der Verbraucherzentrale für ihre Arbeit im Sinne der Lokalen Agenda zur Verfügung gestellt worden.

Es sei zutreffend, bestätigte Herr **Baudrexel**, dass der Haushaltsansatz für Projekte in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale verausgabt worden sei. Dies müsse aber nicht so bleiben. So weit andere Projekte initiiert würden, könnten auch diese gezielt gefördert werden.

Herr **Kissing** erklärte, dass die CDU-Fraktion den Antrag unterstützen werde. Seiner Fraktion gehe es darum, Projekte, die von unten kommen, aufrecht zu erhalten. Zudem werde auch eine enge Verknüpfung zum CDU-Antrag "Teich am Pastorenkamp" gesehen.

Die SPD-Fraktion lehne den Antrag ab, sagte Herr **Behrens**, da z.Z. kein höherer Bedarf zu erkennen sei. Initiativen von Bürgern im Rahmen der Lokalen Agenda sollen gefördert werden. In den Ausführungen von Herrn Kissing sah Herr Behrens aber einen Widerspruch zu den bisherigen Aussagen der CDU-Fraktion.

Abstimmung über den Antrag Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:**Beschluss:**

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 18 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Einzelplan 4:Antrag Nr. 12 der SPD-Fraktion – Einrichtungen für Wohnungslose –

Frau **Dyduch** hielt aufgrund der sinkenden Fallzahlen eine Prüfung für erforderlich. Im Ergebnis seien ggf. weitere Einsparungen möglich.

Die CDU-Fraktion könne die Verweisung des Antrages an den Fachausschuss unterstützen, erklärte Herr **Kissing**, habe allerdings kein Verständnis für die Antragstellung. Seine Fraktion gehe davon aus, dass jede Haushaltsposition von der Verwaltung auf ihre Notwendigkeit hin geprüft werde. Insbesondere dann, wenn der Ansatz aufgrund sinkender Fallzahlen neu zu kalkulieren gewesen sei.

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass die Verwaltung aufgrund des Antrages bereits analysiert und erkannt habe, einzelne Gebäude oder Wohnungen

aufgeben zu können. Dies sei aufgrund der Vertragslage aktuell aber nicht möglich. Ansatz könne sein, in Vertragsverhandlungen einzutreten mit dem Ziel, aus der Vertragsbindung herauszukommen. Dieser Weg könne gangbar sein. Das würde dann aber ggf. bedeuten, diese Wohnungen sanieren zu müssen.

Abstimmung über den Antrag Nr. 12 der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird an den Familien- und Sozialausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Antrag Nr. 13 der SPD-Fraktion – Kosten der Heimpflege, der Vollzeitpflege und der Pflege in einer Tagesgruppe –

Frau **Dyduch** rief in Erinnerung, dass das Problem der steigenden Kosten nicht neu und in den vergangenen Jahren bereits wiederholt diskutiert worden sei. Die SPD-Fraktion vertrete die Auffassung, dass die Kosten in diesem Bereich zumindest teilweise steuerbar seien. Es sollte überlegt werden, was anders und vielleicht besser gemacht werden könne. Sicherlich seien die Möglichkeiten nur begrenzt, da z.B. durch veränderte Zuständigkeiten die Kosten wieder enorm ansteigen könnten. Durch den Prüfauftrag sollte das Machbare festgestellt und gemeinsam auf den Weg gebracht werden.

Zum Verständnis fragte Herr **Hasler** an, ob über die Prüfanträge der SPD-Fraktion in der heutigen Ratssitzung entschieden werden solle, um zu Kosteneinsparungen zu kommen, oder ob es sich um Anträge für das Haushaltsjahr 2003 handele. Im letzteren Fall erübrige sich eine Detaildiskussion zum jetzigen Zeitpunkt.

Die Anträge könnten sowohl zu Einsparungen im laufenden als auch in den kommenden Haushaltsjahren führen, antwortete Frau **Dyduch**.

Frau **Scharrenbach** zeigte sich über den Antrag der SPD-Fraktion verwundert, da ihre Fraktion bereits im Rahmen der Diskussion über die überplanmäßige Ausgabe im Rat gesagt habe, dass sich die Verwaltung mit der Weiterentwicklung des sozialen Dienstes auseinander setzen und entsprechendes für den Jugendhilfeausschuss vorbereiten solle. In weiteren Gesprächen sei eine externe Begleitung angeboten worden, die aber von dem zuständigen Beigeordneten abgelehnt worden sei.

Herr **Brüggemann** konnte sich an kein Gespräch über eine externe Beratung im Sinne der vorliegenden Antragstellung erinnern. In einem Arbeitskreis der CDU-Fraktion habe er Situationen zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesstätten und in der Tagespflege vorge tragen.

Frau **Dyduch** bestätigte ihre frühere Aussagen, dass die Stadt auch weiterhin Mittel für die sinnvolle pädagogische Betreuung in Fremdeinrichtungen für Jugendliche und Kinder aufbringen müsse. Die notwendigen therapeutischen Hilfen seien nur so möglich. Dies entbinde aber nicht davon darüber nachzudenken, was an bestimmten Stellen anders gemacht werden könne. Dieser Schritt nach vorn sollte versucht werden.

Der Antrag gehöre zuständigkeitshalber in den Jugendhilfeausschuss und sollte auch in diesem Fachausschuss diskutiert werden, betonte Herr

Bremmer. Der Rat sei verpflichtet, einen Verweisungsbeschluss zu fassen.

Abstimmung über den Antrag Nr. 13 der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Antrag Nr. 14 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Zuschuss an die Anonyme Drogenberatungsstelle Unna –

Herr **Brüggemann** teilte mit, dass in Abstimmung mit der Anonymen Drogenberatungsstelle Unna (ADU) und der Diakonie ab Januar 2002 ein 14-tägiges Beratungsangebot von je 3 Stunden in der Diakonie organisiert wird. Dieses Angebot werde von der ADU zunächst als ausreichend angesehen. Überdies habe die ADU zugesagt, bei Bedarf eines weiteren Beratungsangebotes flexibel steuern zu können. Die ADU sei mit ihrem Personal in der Lage, jederzeit in Notfällen zu reagieren und die Brücke nach Unna herzustellen. Die beantragte wöchentliche Beratung sei somit nicht erforderlich. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung werde dahingehend geändert, den Antrag abzulehnen.

Über die Struktur der Diakonie informierte Herr Brüggemann weiter, dass die Diakonie seit Juni dieses Jahres anerkannte Suchtberater habe. Diese beschäftigten sich schwerpunktmäßig mit der Suchtberatung hinsichtlich des Alkohol- und Medikamentenmissbrauchs. Angeboten werde aber auch eine Suchtberatung für jugendliche Erstkonsumenten.

Herr **Brinkmann** führte aus, dass es in Kamen kein ausgereiftes Drogenhilfekzept gebe. Benötigt werde auch ein schlüssiges Konzept, um die Stadt Unna zu entlasten. Basis müsse eine gründliche Analyse sein, um darüber entscheiden zu können, wie die Drogenhilfe aussehen und welchen Umfang sie haben solle. Das derzeitige Angebot decke lediglich den Grundbedarf. Das Ergebnis der Analyse sei offen. Seine Fraktion gehe aber davon aus, dass ein höherer Bedarf vorhanden und über weitergehende Angebote nachzudenken sei.

Herr Brinkmann bat, über die beiden Absätze des Beschlussvorschlages seiner Fraktion getrennt abzustimmen. Denkbar sei auch, den ersten Absatz inhaltlich an einen Fachausschuss zu verweisen.

Die SPD-Fraktion unterstütze selbstverständlich ein Angebot der ADU vor Ort und begrüße die in Abstimmung mit der Diakonie getroffene Vereinbarung, betonte Frau **Dyduch**. Die Entwicklung bleibe abzuwarten. Zeitnah sollte in den entsprechenden Fachausschüssen berichtet werden, ob das Angebot ausreichend sei.

Auf die von Frau Schneider angesprochenen Präventionsmaßnahmen sagte Frau Dyduch, dass sich die ADU ihres Wissens nach mit der Einrichtung einer Fachberatungsstelle für Suchtprävention beschäftige. Diesbezüglich sollte die ADU im Fachausschuss informieren.

Die CDU-Fraktion lehne den Einzelplan 4 ab, machte Frau **Scharrenbach**

deutlich, und habe diese Entscheidung auch bereits im Jugendhilfeausschuss getroffen. Die Meinung ihrer Fraktion zu den Pflichtausgaben sei bereits dargelegt worden. Es gehe um die allgemeinen Strukturen. Auch der gerade diskutierte Bereich der Prävention sei defizitär. Es zeichne sich immer mehr ab, dass die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendhilfeausschuss und dem Schul- und Sportausschuss zunehmend wichtiger werde. Zwischenzeitlich lägen auch entsprechende Thesenpapiere seitens des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vor. Betroffen seien insbesondere die Bereiche Ausbildung, Integration und Prävention. Als bedauerlich sah Frau Scharrenbach an, dass es der Jugendhilfeausschuss in Zusammenarbeit mit der Verwaltung nicht für notwendig erachte, hier aktiv zu werden. Hinzu komme, dass die CDU-Fraktion für Subsidiarität stehe. Nicht alle Aufgaben, die in einer Kommune anfielen, müssten auch von der öffentlichen Hand geleistet werden. Das bürgerschaftliche Engagement müsse erheblich gestärkt werden. Dies betreffe auch die Zusammenarbeit mit den freien Trägern. Im Kinder- und Jugendbereich gebe es vielfältige Möglichkeiten, Angebote durch Partner anbieten zu lassen.

Herr **Erdtmann** schlug vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu ändern:

1. Der Antrag zu Absatz 1 wird an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.
2. Der Antrag zu Absatz 2 wird abgelehnt.

Herr **Kühnapfel** erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden. Zur Drogenproblematik wies er darauf hin, dass eine ständige Anlaufstelle in Kamen erforderlich sei. Die Ratsuchenden benötigten auch Hilfe außerhalb bestimmter Öffnungszeiten.

Abstimmung über den Antrag Nr. 14 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Beschluss:

1. Der Antrag zu Absatz 1 wird an den Jugendhilfeausschuss verwiesen.
2. Der Antrag zu Abs. 2 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

zu 1.: einstimmig angenommen

zu 2.: bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Herr **Erdtmann** eröffnete sodann die Generaldebatte zum Einzelplan 4, da die CDU-Fraktion eine Abstimmung über diesen Einzelplan beantragt habe.

Frau **Dyduch** stellte zunächst fest, dass der Jugendhilfeausschuss dem Einzelplan 4 bei 3 Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt habe. Der Einzelplan sei u.a. geprägt durch viele Einzelpositionen, die freiwillige Ausgaben beträfen. Hier handele es sich um wichtige freiwillige Leistungen, die auch in Zusammenarbeit mit freien Trägern, städtischen Einrichtungen etc. erarbeitet worden seien. Die Zustimmung zeige auch die gute Zusammenarbeit mit den freien Trägern. In den vergangenen Jahren seien einige Projekte gelungen, z.B. Beteiligungsformen von Jugendlichen und im Bereich der offenen Jugendarbeit. Am Beispiel des Buxtorf-Hauses machte Frau Dyduch deutlich, dass sich die Zusammenarbeit mit den freien Trägern ausgezahlt habe. Die Zusammenarbeit werde in Zukunft auch an anderen Stellen weiter ausgebaut werden.

Abschließend ging Frau Dyduch auf die Kindergartenlandschaft ein. Hier

sei positiv festzustellen, dass ständig über neue Betreuungsformen und Angebote nachgedacht werde. Hier nehme Kamen eine Spitzenstellung ein.

Wichtig sei auch der Beitrag für die Werkstatt Unna, da z.Z. 120 Kamener Jugendliche an Maßnahmen teilnehmen.

Selbstverständlich werde gerade in Bezug auf die freiwilligen Ausgaben umgedacht werden müssen. Es werde der Dialog mit allen Beteiligten gesucht, um ausgewogen Änderungen herbeiführen zu können.

Herr **Brüggemann** stellte richtig, dass die Stellen in den Jugendfreizeitzentren nicht abgebaut worden sind. Im Gegenteil seien die Stellen in den vergangenen Jahren aufgebaut worden, und zwar um eine Stelle im Jugendkulturcafé und eine weitere Stelle in der mobilen Jugendarbeit.

Abstimmung über den Einzelplan 4:

Der Einzelplan 4 wurde bei 15 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen.

Einzelplan 5:

Antrag Nr. 15 der CDU-Fraktion – Schiedsrichterhäuschen auf dem Sportplatz des KSC im Hemsack

Abstimmung über den Antrag Nr. 15 der CDU-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird an den Schul- und Sportausschuss zur Beratung verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Die Sitzung wurde von 20.00 Uhr bis 20.15 Uhr unterbrochen.

Einzelplan 6:

Antrag Nr. 16 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in der Kamener Innenstadt –

Herr **Klein** erinnerte an die Ausführungen der GMA – Frau Sobotta -, wonach das kostenlose Parkangebot ein großer Plusfaktor für Kamen sei. Eine verursachergetreue Kostenzuordnung könne nicht ernsthaft gewünscht sein, da sich diese dann auch auf alle Bereiche beziehen müsse. Die CDU-Fraktion lehne den Antrag ab.

Herr **Stahlhut** verwies auf seine Ausführungen der Vorjahre und wiederholte, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehnen werde.

Abstimmung über den Antrag Nr. 16 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Antrag Nr. 17 der FDP-Fraktion – Keine Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in der Kamener Innenstadt –

Herr **Hupe** führte aus, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Dies gelte auch hinsichtlich der mittelfristigen Absichtserklärung mit der Maßgabe, dass die SPD-Fraktion sich darüber im klaren sei, dass über solche Entscheidungen in jedem Jahr neu zu befinden sei.

Als seltsam bezeichnete Herr **Kühnapfel**, dass Vorratsbeschlüsse für zukünftige Haushaltsberatungen gefasst werden sollen. Die Situation sei in jedem Jahr neu zu bewerten. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN lehne den Antrag ab.

Der Antrag treffe genau die Intention der CDU-Fraktion, stellte Herr **Hasler** fest. Seine Fraktion wisse, dass es sich nur um eine Absichtserklärung handeln könne. Die Zustimmung der SPD-Fraktion werde begrüßt.

Herr **Bremmer** verdeutlichte die Unverbindlichkeit der Absichtserklärung. Im Hinblick auf die angekündigte weitere Antragstellung seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei der FDP-Fraktion wichtig, auch die Absicht der anderen Fraktionen herauszustellen.

Herr **Lehmann** führte aus, dass die BG-Fraktion dem Antrag für dieses Haushaltsjahr zustimmen werde. Seine Fraktion behalte sich jedoch vor, das Thema im kommenden Jahr ggf. anders zu bewerten und schlage daher vor, die Absichtserklärung aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Der Vorschlag der BG-Fraktion wurde von Herrn **Bremmer** entschieden zurückgewiesen.

Abstimmung über den Antrag Nr. 17 der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Abstimmung über den Verwaltungshaushalt:

Der Verwaltungshaushalt wurde bei 17 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen.

Vermögenshaushalt

Einzelplan 0:

Anträge Nr. 18 der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion – Erneuerung des Mobiliars in den Sitzungssälen –

Abstimmung über die Anträge Nr. 18:

Beschluss:

Den Anträgen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Einzelplan 3:

Anträge Nr. 19 der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion – Restaurierung der alten Stadtmauer im Bereich Ostenmauer –

Herr **Kissing** bedauerte die vorgeschlagene Beschlussfassung. Die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass die Restaurierung der alten Stadtmauer ein wichtiger und erster größerer, wertvoller Baustein im Bereich der Stadtarchäologie wäre. Vorstellbar wäre gewesen, die Restaurierung zu schieben oder zu streichen, aber gleichzeitig zu versuchen, einen Sponsor für die Umsetzung des Projektes zu finden. Kritisch merkte Herr Kissing an, dass der Haushaltsplan Positionen enthalte, die letztlich nicht zu realisieren seien.

Ziel war und ist es, die Stadtmauer zu erwerben, stellte Herr **Baudrexl** klar. Die Maßnahme habe bereits im aktuellen Haushaltsplan gestanden. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass die Stadt die Verantwortung dafür trage, die Stadtmauer zu erhalten und zu restaurieren. An diesem Ziel werde festgehalten. Seit mehreren Jahren werde mit dem Eigentümer verhandelt. Aktuell sei die in der Synopse wiedergegebene Aussage des Eigentümers getroffen worden. Jetzt habe die Stadt nur die Möglichkeit, je nach Zustand der Mauer mit denkmalpflegerischen Maßnahmen auf den Eigentümer einzuwirken.

Ein Teilabriss der Stadtmauer sei auch nicht nachvollziehbar, bestätigte Herr **Kühnapfel**. Der Übergang in städtischen Besitz werde auch von seiner Fraktion für sehr wichtig erachtet. Zukünftig sollte der Eigentümer in die Pflicht genommen werden.

Auf die Frage von Herrn **Ebbinghaus**, warum die Stadtmauer nicht an anderer historisch belegter Stelle aufgebaut werden könne, wies Herr **Erdtmann** auf die denkmalrechtlichen Aspekte hin.

Abstimmung über die Anträge Nr. 19 der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion:

Beschluss:

Den Anträgen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Antrag Nr. 20 der SPD-Fraktion – Umsetzen des Freiflächenplanes –

Herr **Kissing** fand die Begründung der Verwaltung als nicht nachvollziehbar. Ersatzpflanzungen würden auch von privaten Grundstückseignern verlangt. Da die Ersatzpflanzungen ohnehin vorgenommen werden müssten, bessere sich die Situation auch nicht durch das Verschieben der Maßnahme.

Das Verschieben von Maßnahmen in Folgejahre sei nicht ungewöhnlich, entgegnete Herr **Baudrexl**. Hier handele es sich um einen vertretbaren Einsparvorschlag.

Herr **Kühnapfel** rief den Beschluss in Erinnerung, wonach die Ersatzpflanzung zeitnah zur Pappelfällung erfolgen sollte. Die Beschlussfassung sei unter dieser Voraussetzung erfolgt.

Es werde missverständlich davon ausgegangen, stellte Herr **Baudrexl** richtig, dass die Pappeln bereits gefällt seien. Die Pappeln stünden noch. Mit der Entscheidung, die Maßnahme in das Haushaltsjahr 2003 zu verschieben, sei auch die Entscheidung verbunden, die Pappeln erst im nächsten Jahr zu fällen. Erst dann stelle sich auch die Frage der Ersatzpflanzung.

Herr **Behrens** wies auf das Zustandekommen des Freiflächenplanes hin, der zumindest im Hinblick auf die Außenbereiche im Vorgriff auf die Landschaftsplanung erfolgt sei. Der Freiflächenplan erfasse auch innerstädtische Bereiche und werde für die Außenbereiche durch das Vorliegen des rechtskräftigen Landschaftsplanes nicht mehr benötigt. In Zukunft könne noch einmal kritisch über den Freiflächenplan nachgedacht werden.

Die Frage von Herrn **Kühnapfel**, ob die Fällkosten eingerechnet seien, wurde von Herrn **Baudrexl** bejaht.

Abstimmung über den Antrag Nr. 20 der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Antrag Nr. 21 der SPD-Fraktion – Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplan-Konzeptes –

Herr **Hasler** erklärte seitens der CDU-Fraktion, dass das Konzept so schnell wie möglich umgesetzt werden solle und ein Verschieben von Maßnahmen keinen Sinn mache. Der Versuch, Mittel einzusparen, werde als selbstverständlich erachtet. Beim Verkehrsentwicklungsplan gehe es auch um Fragen der Sicherheit und um die Umsetzung des Parkhinweisystems im Rahmen des Stadtmarketings. Die CDU-Fraktion lehne den Antrag ab und bitte nochmals zu überdenken, die notwendigen Maßnahmen bereits im nächsten Jahr umzusetzen.

Die SPD-Fraktion habe sich bei der Diskussion von dem Grundsatz leiten lassen, notwendige Maßnahmen anzugehen, antwortete Herr **Hupe**. Die Maßnahmen kämen auch mit den reduzierten Mitteln nicht zum Erliegen. Über das Verschieben von Maßnahmen werde zukünftig sicherlich noch häufiger zu diskutieren sein.

Abstimmung über den Antrag Nr. 21 der SPD-Fraktion:

Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Einzelplan 5:

Anträge Nr. 22 der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion – Errichtung eines Trainingsplatzes aus Kunstrasen in Kamen-Methler –

Herr **Kissing** stellte seitens der CDU-Fraktion den Antrag auf geheime Abstimmung.

Zum Wahlvorgang erklärte Herr **Erdtmann**, dass Stimmzettel mit Ja, Nein oder Enthaltung vorbereitet seien. Abgestimmt werde über den Beschlussvorschlag der Verwaltung: "Die Anträge werden abgelehnt".

Vor der Stimmabgabe wurde folgende Zählkommission gebildet:

SPD	Herr Müller
CDU	Frau Scharrenbach
GRÜNE	Herr Brinkmann
FDP	Herr Bremmer
BG	Herr Lehmann

Die Zählkommission zählte die Stimmzettel aus. Das Ergebnis wurde sodann von Herrn Erdtmann bekannt gegeben.

Es wurden 43 Stimmen abgegeben. Die Auszählung ergab 25 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen.

Die Anträge Nr. 22 der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wurden somit abgelehnt.

Antrag Nr. 23 der FDP-Fraktion – Errichtung von Ruhezonen in den Ortsteilen –

Herr **Bremmer** begründete den Antrag mit dem steigenden Bedarf angesichts der Altersstruktur in der Bevölkerung.

Die SPD-Fraktion stimme in der Sache überein, erklärte Herr **Hupe**. Die Realisierung sei aber auch unterhalb des Haushalts möglich.

Herr **Kissing** schloss sich den Ausführungen an und verwies auf ein mögliches Sponsoring.

Abstimmung über den Antrag Nr. 23 der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Abstimmung über den Einzelplan 5:

Der Einzelplan 5 wurde bei 18 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Einzelplan 6:

Antrag Nr. 24 der CDU-Fraktion – Arbeitgeberdarlehen –

Herr **Hasler** hielt die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen seitens der CDU-Fraktion nicht mehr für zeitgemäß. Die Darlehen würden zinsfrei vergeben, obwohl die Stadt die Mittel durch Fremdkredite finanzieren müsste.

In den Stellenplanreden sei deutlich geworden, so Frau **Dyduch**, dass den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer mehr Aufgaben übertragen würden. Die SPD-Fraktion sehe in der Gewährung von Arbeitgeberdarlehen neben anderen Gründen auch eine soziale Komponente im Personalgefüge, die beibehalten werden sollte.

Die Frage von Herrn **Ebbinghaus**, ob der geldwerte Vorteil versteuert werden müsse, wurde von Herrn **Baudrexl** bejaht.

Abstimmung über den Antrag Nr. 24 der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Herr **Bremmer** gab zu Protokoll, dass sich die FDP-Fraktion bei der Abstimmung über den Einzelplan 5 versehentlich enthalten habe. Die FDP-Fraktion lehne den Einzelplan 5 ab.

Antrag Nr. 25 der FDP-Fraktion – Neuanlage der Rathauszufahrt von der Bahnhofstraße –

Herr **Kühnapfel** führte aus, dass seine Fraktion für sehr wichtig erachte, im Zuge der Neuanlage der Rathauszufahrt auch gleichzeitig mehr Parkplätze im Bahnhofsumfeld zu schaffen. Die Neugestaltung könne nicht zu Lasten der Pendler gehen, die dann wegen fehlender Parkplätze den ÖPNV nicht mehr nutzen.

Herr **Baudrexl** machte deutlich, dass die Schaffung von P+R-Parkplätzen im Bahnhofsumfeld erste Priorität habe. Dies gelte sowohl für die Borsigstraße als auch für das Gelände neben dem Bahnhofsgebäude. Die Veranschlagung als Verpflichtungsermächtigung für die Neuanlage der Rathauszufahrt zeige auch die zeitliche Priorität.

Hiermit werde aber auch deutlich, unterstrich Herr **Erdtmann**, dass die Stadt finanzieller Dienstleister für die Deutsche Bahn AG sei.

Herr **Bremmer** sah in der neuen Zufahrt zum Parkplatz keine Verbesserung der Parkraumsituation. Die Begründung der Verwaltung sei daher nicht nachvollziehbar.

Die Maßnahme sehe u.a. die Errichtung einer Schranke vor und mache im Rahmen der Maßnahme "Netzschluss Innerer Ring" Sinn, erläuterte Herr **Baudrexl**. Durch die zukünftige Umleitung der Verkehre über die Poststraße und der Gefahr eines Rückstaus durch die Schranke solle die Parkplatzzufahrt von der Bahnhofstraße her erfolgen.

Abstimmung über den Antrag Nr. 25 der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Anträge Nr. 26 der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion – Rückbau der Gertrud-Bäumer-Straße von der Lünener Straße bis Wohnpark Seseke-Aue –

Abstimmung über die Anträge Nr. 26 der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Den Anträgen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommenAntrag Nr. 27 der CDU-Fraktion – Naturnahe Gestaltung des Teiches am Pastorenkamp in Kamen-Methler –

Herr **Kissing** hielt die Argumentation der Verwaltung für nicht schlüssig. Einerseits werde gesagt, dass sich die Teichanlage innerhalb der Eigentums Grenzen der Ev. Kirchengemeinde Methler befinde und andererseits werde deutlich ausgesagt, dass die Gewässerunterhaltungsarbeiten von der öffentlichen Hand vorgenommen würden. Hindernis sei somit nicht die Eigentumsfrage. Die Teichanlage grenze zudem an einen öffentlichen städtischen Weg. Ursprünglich handele es sich bei diesem Gewässer um den Gantenbach. Eine Verbesserung der Teichanlage würde auch Verbesserung des Ortsbildes Methler mit sich bringen.

Da es sich um ein Fließgewässer handele, sei der Eigenbetrieb Stadtentwässerung für die Gewässerunterhaltung zuständig, erläuterte Herr **Baudrexl**. Der Stau des Gewässers sei aber nicht von der Stadt initiiert worden, so dass die Stadt auch nicht für die Teichanlage verantwortlich sei.

Für die SPD-Fraktion sei der Antrag nicht nachvollziehbar, sagte Herr **Huße**, da hier Mittel für die Sanierung von Privatbesitz verausgabt werden sollen.

Herr **Kühnapfel** bestätigte, dass der Teich vermüllt und Säuberungsarbeiten notwendig seien. Hierfür sei die beantragte Summe aber nicht erforderlich. Höhere Kosten fielen bei einer evtl. Teichentschlammung an. Der Teich befinde sich aber nicht im städtischen Eigentum, so dass hier kein Präzedenzfall geschaffen werden sollte. Die Kirchengemeinde sollte zunächst auf die Reinigung des Teiches angesprochen werden. Der Vorschlag, hier eine Erlebnisswelt für Kinder herzurichten, werde von der Idee her begrüßt. Vom Profil her sei der Teich aber sehr steil, so dass hierfür größere Umbaumaßnahmen erforderlich seien, die aber von der Stadt nicht finanziert werden können.

Herr **Nieme** bezeichnete die Stauung des Gewässers und die hierdurch entstandene Teichanlage als sehr interessant. Persönlich habe er den Eindruck, dass die Teichanlage naturnah sei und bat die CDU-Fraktion daher um Angabe, was aus ihrer Sicht naturnah sei.

Der Teich sei naturnah, aber verschlammt und vermüllt, sagte Herr **Kissing**. Es gehe nicht um eine Verbesserung für einen privaten Eigentümer, sondern um die Verbesserung eines Teiches in zentraler Ortslage, der an öffentliche Flächen angrenze und einsehbar sei. Die Summe sei geschätzt. Über die Höhe des Betrages könne diskutiert werden.

Herr Kissing schlug seitens der CDU-Fraktion als Kompromiss vor, die Behandlung des Themas in den Planungs- und Umweltausschuss zu verschieben. Die Verwaltung solle die Angelegenheit noch einmal prüfen und mit der Kirchengemeinde ein Gespräch darüber führen, was verbessert werden und wer sich in welchem Maße beteiligen könne.

Der ökologische Gedanke der CDU-Fraktion werde begrüßt, sagte Frau **Dyduch**. Fakt sei aber, dass es um städtische Gelder für einen privaten

Eigentümer gehe. Denkbar sei auch ein privat durchgeführtes Projekt der Kirche in Zusammenarbeit mit den Eltern der Kinder des angrenzenden Kindergartens. Grundsätzlich sollten keine städtischen Mittel für private Gewässer verausgabt werden.

Herr **Kühnapfel** widersprach dieser grundsätzlichen Ablehnung, da durchaus vorstellbar sei, dass die Kirchengemeinde Mittel im Sinne der Lokalen Agenda beantrage, um hier ein Projekt durchzuführen. Die Kirchengemeinde müsste aber zunächst als Partner gewonnen werden. Insofern sei hilfreich, das Problem im Fachausschuss zu erörtern.

Herr **Baudrexl** machte deutlich, dass die Angelegenheit von der falschen Seite angegangen werde. Es könnten nicht Mittel in den Haushalt eingestellt und signalisiert werden, dass sich keiner mehr engagieren müsse.

Die Kirchengemeinden seien keine armen Träger und werden ihren Verpflichtungen nachkommen können, sagte Herr **Hupe**. Wenn die Kirchengemeinde Unterstützung suche, werde sie sich an die Verwaltung wenden. Die Angelegenheit werde dann ggf. von der Verwaltung vorgetragen. Dies sei die richtige Reihenfolge. Im Hinblick auf die falsche Schrittfolge sei die Verweisung an einen Fachausschuss daher nicht nachvollziehbar.

Herr **Kissing** hielt die Darstellung von Frau Dyduch und Herrn Hupe für nicht korrekt, da es sich um ein öffentliches Gewässer handle, das sich mit einer Teichanlage auf einem privaten Grundstück vermische.

Die CDU-Fraktion ziehe den Antrag in der Form zurück, als sie die Höhe des Betrages herausnehme und bitte, das Thema in den Planungs- und Umweltausschuss zu verschieben. Im öffentlichen Interesse sollte die Verwaltung auch noch einmal Gespräche mit dem Eigentümer führen.

Die SPD-Fraktion folge dem Vorschlag der Verwaltung, betonte Herr **Hupe**. Für seine Fraktion sei vorstellbar sich darauf zu verständigen, dass die Verwaltung das Gespräch mit der Kirchengemeinde sucht. Das Ergebnis bleibe abzuwarten. Darüber könne berichtet werden.

Herr **Hasler** unterstrich, dass seine Fraktion die Behandlung des Themas im Planungs- und Umweltausschuss wünsche. Für den Haushalt 2002 sei der Antrag zurückgezogen worden. Eine Verweisung an den Fachausschuss verkürze das Verfahren.

Zur Geschäftsordnung stellte Herr **Kloß** den Antrag auf Schluss der Debatte.

Herr **Kissing** wies Herrn Kloß darauf hin, dass die CDU-Fraktion den Umgang mit ihren Anträgen selbst entscheiden möchte.

Herr **Hupe** erklärte, dass die SPD-Fraktion der Verweisung des Antrags ohne Eintrag eines Betrages an den Planungs- und Umweltausschuss zustimmen werde. Zukünftig bitte sie aber um eine bessere inhaltliche Verständigung.

Abstimmung über den Antrag Nr. 27 der CDU-Fraktion:

Beschluss:

Der Antrag wird ohne Betragsangabe an den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Abstimmung über den Vermögenshaushalt:

Der Vermögenshaushalt wurde bei 17 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen.

Herr **Erdtmann** ließ sodann über den Gesamthaushalt abstimmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2002 mit folgenden Änderungen:

HhSt. Bezeichnung	Ansatz 2002 lt. Entwurf EUR	Veränderung EUR	Ansatz 2002 neu EUR
------------------------------	--	----------------------------	------------------------------------

Verwaltungshaushalt

Einnahmen

910.28000 Zuführung vom Vermögenshaushalt	3.612.200	./. 47.340	3.564.860
---	-----------	------------	-----------

Veränderung		./. 47.340	
-------------	--	------------	--

Volumen

Einnahme VWH	75.694.230	./. 47.340	75.646.890
---------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Ausgaben

210.57026 Lehr- u. Arbeitsmittel	29.000	./. 5.800	23.200
-------------------------------------	--------	-----------	--------

230.57023 Lehr- u. Arbeitsmittel	25.400	./. 5.080	20.320
-------------------------------------	--------	-----------	--------

280.57021 Lehr- u. Arbeitsmittel	36.100	./. 7.220	28.880
-------------------------------------	--------	-----------	--------

210.57000 Lernmittel	38.600	./. 7.720	30.880
-------------------------	--------	-----------	--------

230.57007 Lernmittel	45.200	./. 9.040	36.160
-------------------------	--------	-----------	--------

280.57005 Lernmittel	62.400	./. 12.480	49.920
-------------------------	--------	------------	--------

Veränderung		./. 47.340	
--------------------	--	-------------------	--

Volumen

Ausgabe VWH	75.694.230	./. 47.340	75.646.890
--------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Volumen			
Einnahme VWH	75.694.230	./.	47.340
			75.646.890

Vermögenshaushalt

Einnahmen			
910.37707	4.301.520	./.	267.840
Einnahmen aus Krediten			4.033.680

Veränderung		./.	267.840
--------------------	--	------------	----------------

Volumen			
Einnahme VMH	16.369.960	./.	267.840
			16.102.120

Ausgaben

000.95000	65.000	./.	65.000
Erneuerung des Mobiliars in den Sitzungssälen			0

360.94000	30.000	./.	30.000
Restaurierung der alten Stadtmauer im Bereich Ostenmauer			0

365.95020	25.500	./.	25.500
Umsetzen des Freiflächen- planes			0

365.95030	52.000	./.	20.000
Umsetzung des Verkehrs- entwicklungsplan-Konzeptes			32.000

631.96175	80.000	./.	80.000
Rückbau der Gertrud- Bäumer-Str. von der Lünener Str. bis Wohn- park Seseke-Aue			0

910.90000	3.612.200	./.	47.340
Zuführung zum Verwaltungshaushalt			3.564.860

Veränderung		./.	267.840
--------------------	--	------------	----------------

Volumen			
Ausgabe VMH	16.369.960	./.	267.840
			16.102.120

Abstimmungsergebnis: bei 17 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 11.

247/2001

Beschluss über das fortgeschriebene Investitionsprogramm der Stadt
Kamen für die Haushaltsjahre 2001 - 2005

Einzelplan 0:

Anträge Nr. 28 der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/DIE
GRÜNEN und FDP-Fraktion – Erneuerung des Mobiliars in den Sitzungs-
sälen –

Beschluss:

Den Anträgen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Einzelplan 3:

Anträge Nr. 29 der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion – Restaurierung
der alten Stadtmauer im Bereich Ostenmauer –

Beschluss:

Den Anträgen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Antrag Nr. 30 der SPD-Fraktion – Umsetzen des Freiflächenplanes –

Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Antrag Nr. 31 der SPD-Fraktion – Umsetzung des Verkehrsentwicklungs-
plan-Konzeptes –

Beschluss:

Dem Antrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Gegenstimmen mit Mehrheit angenom-
men

Einzelplan 5:

Anträge Nr. 32 der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion – Errichtung eines
Trainingsplatzes aus Kunstrasen in Kamen-Methler –

Beschluss:

Die Anträge werden abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 18 Gegenstimmen mit Mehrheit angenom-
men

Antrag Nr. 33 der FDP-Fraktion – Errichtung von Ruhezonen in den
Ortsteilen –

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Einzelplan 6:

Antrag Nr. 34 der CDU-Fraktion – Arbeitgeberdarlehen –

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Antrag Nr. 35 der FDP-Fraktion – Neuanlage der Rathauszufahrt von der Bahnhofstraße –

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Anträge Nr. 36 der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion – Rückbau der Gertrud-Bäumer-Straße von der Lünener Straße bis Wohnpark Seseke-Aue –

Beschluss:

Den Anträgen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Der Antrag Nr. 37 wurde hinsichtlich der haushaltsrechtlichen Auswirkungen von der CDU-Fraktion bereits unter dem Tagesordnungspunkt 10 zurückgezogen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf des fortgeschriebenen Investitionsprogrammes für die Haushaltsjahre 2001 – 2005 mit folgenden Änderungen:

Angaben in TEUR

bisher bereit- gestellt	2001	2002	2003	2004	2005	spätere Jahre	Gesamt- ausgabe- bedarf
-------------------------------	------	------	------	------	------	------------------	-------------------------------

HhSt. 000.95000

Erneuerung des Mobiliars in den Sitzungssälen

0	0	0	100	100	0	65	265
---	---	---	-----	-----	---	----	-----

HhSt. 360.94000

Restaurierung der alten Stadtmauer im Bereich der Ostenmauer

31*	0	0	0	0	0	0	0
-----	---	---	---	---	---	---	---

HhSt. 365.95020

Umsetzen des Freiflächenplanes

257	26	0	51	26	25	0	385
-----	----	---	----	----	----	---	-----

HhSt. 365.95030

Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplan-Konzeptes

605	51	32	52	52	52	0	844
-----	----	----	----	----	----	---	-----

HhSt. 631.96175

**Rückbau der Gertrud-Bäumer-Str. von der Lünener Str.
bis Wohnpark Seseke-Aue**

0	0	0	0	0	0	80	80
---	---	---	---	---	---	----	----

*gehen unter

Abstimmungsergebnis: bei 16 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 12.

Vorlage eines Vorschlages für ein mögliches Haushaltssicherungskonzept
hier: Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Hupe** bezog sich zunächst auf seine grundsätzliche Betrachtung zum Haushalt. Die SPD-Fraktion möchte den Sachverstand der Verwaltung insoweit einfordern, als ein mögliches Haushaltssicherungskonzept entworfen, den Fraktionen zur Beratung und den sich hoffentlich daraus ergebenden Gesprächen zugeleitet wird.

Herr **Kissing** sagte, dass die CDU-Fraktion in Konsequenz zu ihrem eigenen Antrag diesem Antrag nicht zustimmen werde.

Die FDP-Fraktion hätte eine Zustimmung ihres eigenen Antrages begrüßt, legte Herr **Bremmer** dar, werde diesem Antrag jetzt aber zustimmen.

Herr Erdtmann ließ sodann über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wurde bei 15 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen.

Zu TOP 13.

Berufung einer städtischen Sparkommission
hier: Antrag der BG-Fraktion

Herr **Lehmann** führte aus, dass es für den Kämmerer kraft seines Amtes selbstverständlich sein sollte, den Vorsitz in der Sparkommission zu führen. Neu sei lediglich, dass ein Gremium gebildet werde, dem je ein Vertreter der Fraktionen und ein Personalratsmitglied angehören solle. Die Bildung der Sparkommission sei die Basis dafür, die Arbeit künftig gemeinsam und öffentlich durchführen zu können.

Herr **Erdtmann** betonte, er sei autorisiert worden zu erklären, dass Herr Baudrexel für diese Position nicht zur Verfügung stehe.

Herr **Hupe** und Herr **Bremmer** erklärten ebenfalls die Ablehnung ihrer Fraktionen.

Herr Erdtmann ließ über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wurde bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit abgelehnt.

Zu TOP 14.

271/2001 Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte "Siebzehnte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Kamen" und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 15.

235/2001 Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte "Erste Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Kamen über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen."

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 16.

281/2001 Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte "Zehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) der Stadt Kamen" und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsberechnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 17.

280/2001 Änderung der Gebührensatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Kamen

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorgelegte "Zweite Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung der Stadt Kamen" und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zugrunde liegende Gebührenbedarfsbe-

rechnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 18.

274/2001 Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt die vorgelegte "Achte Satzung zur Änderung der Satzung für den Rettungsdienst der Stadt Kamen und der Gemeinde Bönen" und billigt gleichzeitig die dieser Satzung zugrunde liegende Kalkulation der Gebührensätze.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 19.

266/2001 Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2000

Beschluss:

Die Vertreter des Rates der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

1. Der Jahresabschluss der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH zum 31.12.2000 wird in der vorgelegten Form festgestellt.
2. Der Lagebericht wird genehmigt.
3. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 643.694,07 DM wird von der Stadt Kamen ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Erdtmann** übergab den Vorsitz an Herrn **Ebbinghaus**.

Zu TOP 20.

265/2001 Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2000

Folgende Mitglieder des Rates nahmen an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil:

Gabriele Bartosch, Heinrich Behrens, Marion Dyduch, Jürgen Etzold, Astrid Gube, Werner Hitz, Hermann Hupe, Regina Jacobsmeier, Renate Jung, Norbert Klein, Ursula Lungenhausen, Ursula Müller, Rüdiger Plüm-

pe, Ina Scharrenbach, Günter Stahlhut, Wilfried Weigel sowie Bürgermeister Manfred Erdtmann

Beschluss:

Die Vertreter des Rates der Stadt Kamen werden beauftragt, in der Gesellschafterversammlung wie nachstehend aufgeführt abzustimmen:

Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH werden gem. § 12 Nr. 3b des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Herr **Ebbinghaus** übergab den Vorsitz an Herrn **Erdtmann**.

Zu TOP 21.

267/2001

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes "Stadtentwässerung Kamen" für das Jahr 2002 und Finanzplanung 2001 - 2005

Herr **Kloß** sagte, dass die BG-Fraktion in der Sitzung des Werksausschusses dem Wirtschaftsplan nicht zugestimmt habe, da dieser den Stellenplan enthalte. Im Prinzip stimme seine Fraktion dem Erfolgs-, Finanz- und Vermögensplan zu. Der Stellenplan werde abgelehnt, da einerseits Herr Baudrexl die Werksleitung inne habe und zum anderen von Mitarbeitern Überstunden in einem nicht vertretbaren Maße gefordert würden, so dass der Jahresurlaub nicht angetreten werden könne. Es gebe offensichtlich einen kleinen personellen Engpass. Die BG-Fraktion befürchte, dass diese Personalprobleme in einem Betrieb, der wirklich gute Arbeit leiste und Ergebnisse liefere, zu Wirtschaftsproblemen führen könnten. Die gute Wirtschaftlichkeit müsse unbedingt erhalten bleiben.

Herr **Baudrexl** sprach Herrn Kloß jegliche Kompetenz und jegliche Kenntnis zum Innenleben und der Personalsituation des Eigenbetriebes Stadtentwässerung ab. Herr Kloß ziehe aufgrund einer Detailinformation über einen konkreten Einzelfall unhaltbare Schlüsse. Es sei unverantwortlich in öffentlicher Sitzung vorzutragen, dass es Personalprobleme im Eigenbetrieb gebe.

Die Information der BG-Fraktion sei umfangreicher als von Herrn Baudrexl vermutet, sagte Herr **Kloß**. Seiner Fraktion stehe frei, sich so zu informieren, wie sie es für richtig halte.

Herr **Kissing** wies Herrn Kloß darauf hin, dass Personalangelegenheiten zu den innerbetrieblichen Abläufen zählten und somit der Steuerung des Werkleiters unterlägen. Dies falle nicht in die Kompetenz des Werksausschusses und gehöre auch nicht in die Diskussion zum Wirtschaftsplan. Die Darstellung von Herrn Kloß sei unsachgerecht und unqualifiziert. Die BG-Fraktion sei Gast im Gebäude des Eigenbetriebes und sollte sich auch als Gast benehmen.

Beschluss:

Der Rat beschließt den vorgelegten Entwurf des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen für das Jahr 2002 und den

Entwurf des Finanzplanes 2001 -2005.

Abstimmungsergebnis: bei 2 Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen

Zu TOP 22.

257/2001

Entwurf des Wirtschaftsplanes des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 2002 und Finanzplanung 2001 - 2005

Herr **Lehmann** führte aus, dass die BG-Fraktion den Wirtschaftsplan des Städt. Hellmig-Krankenhauses im Hinblick auf die darin enthaltene Personalplanung ebenfalls ablehne. Nach wie vor werde die umgehende Besetzung der Stelle des Verwaltungsleiters gefordert. Mit dem Ausscheiden des ehemaligen Verwaltungsleiters und dem in Kürze bevorstehenden Ausscheiden seines Stellvertreters sei die dritte Reihe der Krankenhausverwaltung gezwungen, die Betriebsleitung zu übernehmen. Bei einem jährlichen Umsatz von ca. 90 Mio. DM entstünden leicht Millionendefizite. Das Unternehmen Krankenhaus sei mit seinen geringen Gewinnen nicht in der Lage, größere Fehler des Managements aus eigener Kraft auszugleichen. Von daher ergebe sich ein erhebliches finanzielles Risiko für den städtischen Haushalt.

Herr **Hupe** betonte, dass die BG-Fraktion den Zusammenhang zwischen Personalwirtschaft und Betriebswirtschaft des Krankenhauses nicht verstanden habe. Mögliche Risiken in der Wirtschaftsführung des Krankenhauses könnten nicht an der Leiterstelle allein festgemacht werden. Und dies könne auch kein hinreichender Grund dafür sein, von zweit- und drittrangigem Personal zu sprechen und das Team in der Krankenhausverwaltung pauschal zu disqualifizieren. Einzelinformationen reichten der BG-Fraktion ohne Prüfung und Hintergrundverständnis dafür aus, einen Gesamtzusammenhang in Frage zu stellen.

Das Personal der Krankenhausverwaltung sei von ihm nicht abqualifiziert worden, sagte Herr **Lehmann**. Er habe nur davon geredet, dass die dritte Hierarchieebene des Krankenhauses die Führung übernehmen müsse.

Beschluss:

Dem Entwurf des Wirtschaftsplanes des Städt. Hellmig-Krankenhauses Kamen für das Jahr 2002 und dem Entwurf des Finanzplanes 2001 - 2005 wird in der vorgelegten Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 23.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen

Herr **Baudrexl** bezog sich auf eine aktuelle Meldung der Presseagentur, die bereits über den Hörfunk verbreitet und offensichtlich falsch interpretiert worden sei. In der dpa-Meldung werde eine Sprecherin der Fa. IKEA zitiert. In der Pressemitteilung der Fa. IKEA sei der Öffentlichkeit mitgeteilt worden, dass IKEA Deutschland in der Region Münsterland/Emsland ein neues Möbelhaus bauen möchte. Der genaue Standort stehe noch nicht fest. IKEA stocke damit die Zahl seiner Möbelhäuser in Deutschland auf 28 auf. In diesem Zusammenhang gebe es Fehlinterpretationen dahingehend, dass mit einem Standort südlich von Münster spekuliert werde

und damit der Standort Kamen gefährdet sei. Zur Klarstellung zitierte Herr Baudrexl aus der Pressemitteilung der Fa. IKEA: "Zugleich bestätigte die Sprecherin, dass IKEA das 1978 eröffnete Möbelhaus in Kamen aufgeben und an einen anderen Standort verlegen werde. Das dortige Angebot, das insbesondere von Kunden auch aus dem Münsterland und aus dem Sauerland genutzt werde, verfüge über keinerlei Erweiterungsmöglichkeiten. Außerdem empfinde das Unternehmen die über 2 Geschosse verteilte Möbelausstellung als unglücklich. Spekulationen, der Standort Kamen werde nach Ascheberg im Kreis Coesfeld und damit in die Nähe von Münster verlegt, wies der Sprecher von IKEA zurück. Offenbar wird das mit unseren Plänen im Raum Münsterland/Emsland verwechselt. Dort wolle IKEA jedoch zusätzlich bauen. Die Entscheidung, ob IKEA innerhalb Kamens den Standort wechsele oder auf ein Grundstück in der näheren Umgebung ausweiche, werde endgültig Mitte Januar fallen". Die Pressemitteilung stehe somit nicht im Widerspruch zu den bisherigen Aussagen der Verwaltung.

Anfragen

Auf die Frage von Herrn **Klein**, warum Herr Erdtmann bei gezielten und boshaften Beleidigungen nicht von seinem Sanktionsrecht Gebrauch mache, antwortete Herr **Erdtmann**, dass er dies, wenn er es für angebracht halte, anwenden werde.

Herr **Erdtmann** verneinte zudem die Frage von Frau Schneider, ob die Pausenzeit von der Sitzungszeit abzuziehen sei.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es lagen keine Punkte zur Veröffentlichung vor.

gez. Erdtmann
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer